

kriens

Protokoll

Kriens, 24. Juni 2021

Sitzungsdatum

Donnerstag, 24. Juni 2021

Zeit Ort

13:30 Uhr bis 19:05 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Kimena Gisler
SachbearbeiterinT 041 329 63 03
kimena.gisler@kriens.ch

Einwohnerratssitzung 2020/2021 Protokoll Nr. 9

Anwesend	Präsident	Tomas Kobi
	Einwohnerrat	29 Mitglieder Andreas Vonesch (bis 17:00 Uhr) Michèle Binggeli (bis 18:30 Uhr) Daniel Rösch (bis 18:30 Uhr)
	Stadtrat	5 Mitglieder
	Stadtschreiber	Guido Solari
	Stadtschreiber-Substitutin	Sarah Deschwanden
Entschuldigt	Protokoll	Kimena Gisler
		Kathrin Gut Beat Tanner

Traktanden

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Vereidigung</u> Beda Lengwiler | | Seite 444 |
| 2. | <u>Ersatzwahl in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2020 – 2024</u>
- Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit;
Beda Lengwiler (JCVP) | | Seite 444 |
| 3. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 445 |
| 4. | <u>Protokoll Nr. 4</u> vom 10. Dezember 2021
<u>Protokoll Nr. 6</u> vom 11. März 2021 | | Seite 446 |
| 5. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 446 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag:</u> Gemeindestrategie und
Legislaturprogramm 2020 – 2024 mit Massnahmenplan | Nr. 043/21 | Seite 448 |
| 7. | <u>Bericht und Antrag:</u> Planungskredit Testplanung
Kantonsstrasse K4 im Zentrum Kriens | Nr. 045/21 | Seite 467 |
| 7a. | <u>Dringliche Interpellation Zosso:</u> Gewährleistung sicherer
Schul- und Kindergartenwege | Nr. 049/21 | Seite 480 |
| 7b. | <u>Dringliche Interpellation Gomer:</u> Anmietung von
zusätzlichem Schulräumlichkeiten in der Kuonimatt | Nr. 050/21 | Seite 483 |
| 8. | <u>Beantwortung Interpellation Burkhardt:</u> Weinhalde – wie
weiter?
<i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 017/21 | Seite 485 |
| 9. | <u>Beantwortung Interpellation Ercolani:</u> Weinhalde für alle!
<i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 020/21 | Seite 485 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Burkhardt:</u> Verpflegung der
Horte, Auslagerung nach Zürich. Weshalb?
<i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 040/21 | Seite 485 |
| 11. | <u>Verabschiedung</u> Jing Vollmar | | Seite 485 |

Neueingangsliste

- | | |
|------------|---|
| Nr. 046/21 | Motion Tanner: Anpassung der Ausgabenkompetenz des Einwohnerrats
<i>Eingang: 27. Mai 2021</i> |
| Nr. 047/21 | Postulat Ercolani: Solarpanels auf Krienser Dächern
<i>Eingang: 9. Juni 2021</i> |
| Nr. 048/21 | Interpellation Tanner: Chance des Tiefbahnhofs Luzern für die Stadt Kriens
<i>Eingang: 10. Juni 2021</i> |
| Nr. 049/21 | Dringliche Interpellation Zosso: Gewährleistung sicherer Schul- und Kindergartenwege
<i>Eingang: 13. Juni 2021</i> |
| Nr. 050/21 | Dringliche Interpellation Gomer: Anmietung von zusätzlichen Schulräumlichkeiten in der Kuonimatt
<i>Eingang: 17. Juni 2021</i> |

Tomas Kobi begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Der Sprechende kommt nun zu den Geburtstagen. Räto Camenisch hatte am 16. Juni 2021 Geburtstag und Beat Tanner feiert heute seinen 50. Geburtstag.

Entschuldigt hat sich Beat Tanner und Kathrin Gut. Andreas Vonesch wird um ca. 16:00 Uhr die Sitzung verlassen. Michèle Binggeli wie auch Daniel Rösch werden die Sitzung um ca. 18:30 Uhr verlassen.

Die Pausen sind von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Vereidigung Beda Lengwiler

Tomas Kobi bittet Beda Lengwiler zu sich nach vorne. Auch bittet er die Anwesenden sich zu erheben. Beda Lengwiler legt das Gelübde ab. Er wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

2. Ersatzwahl in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2020 – 2024

- Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit: Beda Lengwiler (JCVP)

Gemäss Tomas Kobi liegen die Wahlzettel auf den Pulten. Er bittet die Stimmenzähler, Hans Fluder und Armin Lisibach, zusammen mit dem Stadtschreiber und der Stadtschreiber-Substitutin nach vorne für die Auszählung.

ausgeteilte Wahlzettel:	29
eingegangene Wahlzettel:	28

leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	28
absolutes Mehr:	15
 <u>gewählt als Mitglied:</u>	
Beda Lengwiler, JCVP	28

3. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Tomas Kobi kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Mitteilung des Einwohnerratspräsidenten

Tomas Kobi stellt fest, dass am 16. Juni 2021 ein Mail bezüglich Treffpunkt für die Einwohnerratsreise versendet wurde. Man trifft sich um 07:15 Uhr in der Hofmatt zu Kaffee und Gipfeli. Ebenfalls hat er am 16. Juni 2021 ein E-Mail betreffend der kulinarischen Wanderung vom 5. September 2021 versendet. Er ist noch auf Mithilfe an der kulinarischen Wanderung angewiesen und bittet die Ratsmitglieder sich bis am 18. Juli 2021 bei ihm zu melden, falls sich jemand zur Verfügung stellen würde. Wie er bereits erwähnt hat, hat Beat Tanner heute seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Grund hat er allen einen Nussgipfel offeriert.

Weiter sind zwei dringliche Vorstösse eingegangen:

Am 13. Juni 2021 hat Cyrill Zosso die dringliche Interpellation Zosso: Gewährleistung sicherer Schul- und Kindergartenwege (Nr. 049/21) eingereicht.

Da nicht opponiert wird, gilt die Interpellation als dringlich. Die Interpellation wird als Traktandum 7a behandelt.

Am 17. Juni 2021 hat Bettina Gomer-Beacco die dringliche Interpellation Gomer: Anmietung von zusätzlichen Schulräumen in der Kuonimatt (Nr. 050/21) eingereicht.

Da nicht opponiert wird, gilt die Interpellation als dringlich. Die Interpellation wird als Traktandum 7b behandelt.

Mitteilungen des Stadtrates

Christine Kaufmann-Wolf möchte den Rat informieren. Gestern war die Delegiertenversammlung vom vlg (Verband Luzerner Gemeinden). Dort gab es im Vorstand einen Wechsel. Stadtrat Marco Frauenknecht hat für diesen Sitz kandidiert. Von Kriens aus ist es immer schwierig, dass man überhaupt im vlg Chancen und auch Platz hat. Marco Frauenknecht und sie sind gestern nach Sempach gereist und haben alles gegeben. Von fünf Kandidaten ist Marco Frauenknecht auf dem zweiten Platz gelandet. Es ist schon fast eine riesen Sensation bei diesen Landgemeinden. Sie ermutigt den Rat einen Applaus für Marco Frauenknecht zu geben. Er hatte den Mut anzutreten und hat ein Glanzresultat erzielt.

4. Protokoll Nr. 4 vom 10. Dezember 2020

Protokoll Nr. 6 vom 11. März 2021

Tomas Kobi stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

5. Fragestunde

Erich Tschümperlin hat die Zahlen vom Luzerner Finanzausgleich 2022 studiert und gesehen, dass Kriens 3.6 Millionen Franken erhält. Willisau erhält 6.2 Millionen, Escholz-Marbach erhält 8.8 Millionen und Emmen 21 Millionen. Warum erhält Kriens nur 3.6 Millionen Franken?

Roger Erni sagt, dass es mit der Regelung zu tun hat, wie der Finanzausgleich verrechnet wird. Gerne wird er der KFG die entscheidende Seite mit den neuen Zahlen zustellen. Neu ist es eine Million mehr.

Daniel Rösch ist zu Ohren gekommen, dass der ominöse Zaun beim Sportzentrum wekommt. Stimmt das oder ist es nur ein Gerücht?

Roger Erni stellt fest, dass es stimmt. Am liebsten möchte man alle Beteiligten überzeugen. Heute Morgen war der Präsident des Beachvolleyballclubs zu einer Besprechung im Haus. Der Club plant die Verschiebung der Beachanlagen. Stand jetzt ist geplant, dass der Zaun im Frühling 2022 wekommt. Natürlich wird der Zaun wiederverwendet.

Beda Lengwiler merkt an, dass in der nächsten Woche die Sommerlager von vielen Krienser Jugendorganisationen startet. Die Lager haben ein Schutzkonzept und man möchte mögliche Corona Ansteckungen verhindern. Kann der Stadtrat abklären, ob es grössere/mehrere Fälle von Corona an den Schulen gab?

Marco Frauenknecht sagt, dass der Stadtrat dies abklären kann und bereits gemacht hat. Es gibt wöchentlich einen Rapport mit der Pandemiegruppe. Dort wird bekanntgegeben, wie viele Corona-Fälle es in den Schulen aber auch in der Verwaltung gibt.

Bettina Gomer-Beacco hat gehört, dass im Schulhaus Meiersmatt das Chemielabor relativ veraltet oder nicht ganz brauchbar sei. Hat der Stadtrat Kenntnis davon und gibt es irgendwelche Verbesserungsvorschläge.

Marco Frauenknecht stellt fest, dass er alle Schulhäuser besucht hat. Stand Heute gibt es keine Rückmeldungen, dass in diesen Laboren nicht gearbeitet werden kann. Sollte dies jedoch der Fall sein, dann sollte die Schulleitung auf ihn zugehen.

Gemäss Raoul Niederberger möchte der Kanton den Verkehrsverbund umbauen. Der Kanton möchte daraus ein Fachgremium machen. Die Stadt Luzern wehrt sich dagegen, dass man sie dort raus spicken

möchte. Die Stadt Kriens ist dort noch immer mit Matthias Senn vertreten. Hat der Stadtrat hierzu eine Haltung?

Christine Kaufmann-Wolf war gestern an der Delegiertenversammlung vom vlg. Dort wurden sie informiert, dass der vlg neue Vertreter delegieren muss. Die Haltung des Stadtrats wurde noch nicht besprochen. Es gibt zwei verschiedene Seiten. Die Stadt Luzern ist der grösste Player und hat auch 100 % der Aktien der vbl.

Anita Burkhardt-Künzler fragt, wie der Stadtrat gedenkt auf die Budgetvorgaben des Regierungsrates zu reagieren?

Gemäss Roger Erni wurde dies entgegengenommen und der KFG hat man den Beschluss des Regierungsrates ausgehändigt. Der Stadtrat hat nun das Budget mit 1.1 Millionen im Minus beschlossen und wird danach fahren. Man hat sich überlegt ein Optimierungspaket zu machen, habe sich schlussendlich jedoch dagegen entschieden.

Michael Portmann stellt fest, dass beim Mobimo Grundstück eine gelbe Linie am Boden gezeichnet wurde. Er hat bereits mehrmals beobachtet, dass diese Linie nicht beachtet wird und Autos immer wieder darüberfahren. Gedenkt die Stadt Kriens etwas dagegen zu unternehmen?

Laut Maurus Frey ist es immer wieder ein Problem öffentlichen Raum aufzuteilen. Die gelbe Linie wurde gemacht, dass Falschparkierende gebüsst werden können.

Erich Tschümperlin hat noch eine Frage zu dem Zaun beim Sportzentrum. Ist es noch garantiert, dass die Badigäste auf die Wiese gehen können?

Roger Erni merkt an, dass die Badewiese wieder Badeüberlauf werden soll. Man wird mit verschiedenen Mechanismen schauen, wie man wieder in die Badi kommt. Sie sind jedoch daran, gute Lösungen zu suchen.

Viktor Bienz stellt fest, dass der Neubau des Alters- und Pflegeheim aus Holz gemacht werden soll. Er möchte beliebt machen, dass man Holz vom Pilatus benützt.

Marco Frauenknecht wird dies gerne in den Verwaltungsrat mitnehmen. Die nächste Sitzung findet im August statt.

Auch Roger Erni wird dies mitnehmen. Er stellt fest, dass die Heime Kriens AG und die Immobiliendienste sehr eng zusammenarbeiten.

Michèle Albrecht hat von den Medien vernommen, dass die Heime Kriens AG über freie Betten verfügt. Sie hat mitbekommen, dass ein Vater ins Kirchfeld auf Horw eingewiesen wurde. Weshalb hatte man kein Platz in Kriens frei?

Cla Büchi stellt fest, dass seit anfangs Jahr ca. 20 Betten frei sind. Er wird dieser Frage nachgehen.

Anmerkung der Protokollführung:

Die KIG hat mit der Heime Kriens AG eine Platzierung sorgfältig abgeklärt. Da nur noch Zimmer im Grossfeld zur Verfügung standen, hat sich die Heime Kriens AG aus infrastrukturellen und pflegetechnischen Gründen gegen eine Aufnahme entschieden. Dies nicht zuletzt im Sinne des Bewohners, weil die Heime Kriens AG bei einer Aufnahme den Anspruch hat, die Bedürfnisse des Bewohners und die notwendigen Leistungen vollumfänglich und professionell abdecken und erbringen zu können.

Andreas Vonesch merkt an, dass Roger Erni dem Rat einen Primeur betreffend dem Gemeindehaus angekündigt hat. Wie ist der Stand?

Roger Erni sagt, dass der Einwohnerrat wahrscheinlich noch im Jahr 2021 damit beschäftigt wird, da das Geschäft die 1.3 Millionen definitiv übersteigt. Im Moment muss sich der Rat jedoch noch ein wenig gedulden.

6. Bericht und Antrag: Gemeindestrategie und Legislaturprogramm 2020 – 2024 mit Massnahmenplan

Nr. 043/21

Gemäss Martin Zellweger hat die KFG die Strategie und das Legislaturprogramm des Stadtrats in seiner letzten Sitzung diskutiert. Alle Fraktionen sind eingetreten und haben das Dokument grossmehrheitlich positiv aufgenommen. Die erste Grundsatzfrage welche geklärt wurde, war denn auch die Bedeutung des Dokuments sowie die Möglichkeiten des Beitrags des Einwohnerrats zu diesem Dokument. Wie steht es mit der Verbindlichkeit dieser Strategie, Ziele und Massnahmen, fehlt doch beispielsweise der Zusammenhang zu den finanziellen Konsequenzen. Der Stadtrat artikuliert in diesem Dokument seine Strategie und die Legislaturziele und –Massnahmen, welche zusammen mit der Verwaltung erarbeitet wurden. Das Dokument zeigt somit, wie der Stadtrat die Vision und die Leitlinien langfristig definiert und welche Ziele er mit den verschiedenen Verwaltungsabteilungen mit welchen Massnahmen erreichen will. Das Dokument ist somit geschrieben und kann vom Rat genehmigt werden oder nicht. Man darf zwar Bemerkungen anbringen, es bleiben aber Bemerkungen. Das heisst, die Strategie ist geschrieben und für lediglich eine Güterabwägung, ob der Anteil der Aussagen mit denen man einverstanden ist überwiegt oder umgekehrt. Es war der Kommission wichtig, dass hier Ziele definiert werden, an denen letztendlich der Stadtrat auch gemessen werden kann und sich selber auch messen kann. So wurde u.a. vermisst, dass eine Aussage zur Erreichung der letzten Legislaturziele aufgezeigt wurde. Dies ist jedoch nicht Teil dieses Berichts, sondern wird jeweils jährlich mit der Jahresrechnung festgehalten. Die Überprüfung der Zielerreichung ist somit neben den reinen Zahlen ein wichtiger Teil der Jahresrechnung und soll dort konkret von den im Legislaturprogramm aufgezeigten Massnahmen abgeleitet werden können. Die Systematik und die Zusammenhänge von Strategie und weiteren Planinstrumenten wird im B+A beschrieben. Sie ist durch das neue Finanzhaushaltsgesetz des Kantons so vorgeschrieben. Das heisst, während «Claim», Vision und Leitlinien auf die nächsten 10 Jahre ausgerichtet sind, überarbeitet der Stadtrat alle vier Jahre Ziele und Massnahmen der Legislatur. Der AFP wird dann rollend jährlich angepasst und vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen. Mit den Leistungsaufträgen und den Globalbudgets sowie mit Sonderkrediten werden letztendlich dann Finanzierung und Umsetzung durch den Einwohnerrat genehmigt oder eben nicht. Einzelne Ziele und Massnahmen wurden in der Kommission noch weiter diskutiert und Fragen erläutert. Es wurden von verschiedenen Fraktionen noch Bemerkungen angekündigt, welche aber erst vorbereitend auf die Einwohnerratssitzung konkret vorgelegt wurden. Dem Beschlusstext wurde von der Kommission mit einer Mehrheit von 6 zu 2 Stimmen zugestimmt.

Laut Raoul Niederberger hat die KBSG den B+A zur Gemeindestrategie und dem Legislaturprogramm anlässlich ihrer letzten Sitzung diskutiert. Das Eintreten auf den B+A war grundsätzlich unbestritten, wobei man sich in der Kommission nicht gänzlich einig war, ob ein solches überhaupt notwendig ist. Die meisten Fraktionen äusserten sich in ihren Eintrittsvoten positiv zu der vorgelegten Gemeindestrategie und dem Legislaturprogramm. So wurde zum Beispiel gelobt, dass die Strategie sich auf das wesentliche beschränkt. Es wurde aber auch erwähnt, dass es sich hierbei um ein ambitioniertes Programm handle, an dem der Stadtrat zu messen sei. Kritisiert wurde, dass gewisse Massnahmen sehr offen formuliert sind und kaum greifbar sind. Etwas seltsam mutet für Gewisse schliesslich an, dass der Stadtrat sich wünscht, dass auch der Einwohnerrat seine Verantwortung zum Gelingen dieser Strategie und dieses Programms wahr nimmt, ohne ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht des Einwohnerrats. In der Detailberatung hat sich die Kommission, wie bereits bei Budget und Rechnung auf jene Teile konzentriert, welche ihre Globalbudgets betreffen. Das heisst, die Sozialdienste, Gesellschafts- und Gesundheitsdienste, die Berufsbeistandschaften, die KESB, die Familien- und Kulturdienst, sowie die Volks- und Musikschule. Hierbei wurden verschiedene Fragen gestellt und Anmerkungen gemacht. Fragen stellten sich beispielsweise, warum Massnahmen auftauchen, die bereits auf kantonaler Ebene umgesetzt werden oder inwiefern die finanziellen Mittel für die Umsetzung gewisser Massnahmen sichergestellt sind. Die zuständigen Stadträte gaben kompetent Auskunft. In der Schlussabstimmung stimmte die KBSG dem Antrag des Stadtrates zu und genehmigte die Gemeindestrategie und das Legislaturprogramm mit 5 Ja gegen 1 Nein, insoweit die Kommission die entsprechenden Teile behandelt hat.

Armin Lisibach sagt, dass sich die KBVU nicht mit dem gesamten B+A zur Gemeindestrategie und Legislaturprogramm 2020 – 2024 mit Massnahmenplan befasst, diskutiert oder darüber abgestimmt hat. Die Kommission nimmt die angestrebten Ziele zur Kenntnis, möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass Ziele, welche im Daily Business ein Bestandteil sind, nicht explizit ein Ziel für eine Legislatur sein darf. Ziele sind Ambitionen und sollen auch entsprechend gestaltet werden. Die KBVU hat sich inhaltlich mit den folgenden Zielen auseinandergesetzt und folgende Bemerkungen gestellt. In den Umwelt- und Sicherheitsdiensten fragt man sich, ob es keine Sicherheitsprobleme oder –Themen gibt? Acht Massnahmen von Acht sind auf die Umweltthemen fokussiert. Bei den Verkehrs- und Infrastrukturdiensten hiess es immer wieder: «Ausbau der Infrastruktur». Welche Infrastruktur ist gemeint? Ein Ziel muss messbar sein und das ist hier nicht der Fall. Es ist wichtig Ziele anzustreben, welche auch einen Mehrwert generieren und die Stadt weiterbringen. Warum nicht einmal einen Blick in die Wirtschaft, wo mit der OKR-Methode eine smarte und effiziente Zielgestaltung Einzug hält. Mit solchen Zieldefinitionen verbindet lang- und mittelfristige Ziele (Vision, Leitbild, Strategie) mit kurzfristigen Zielen und Aufgaben/Massnahmen. Egal wo man Ziele setzt, müssen diese qualitativ und quantitativ messbar sein. Der KBVU ist es bewusst, dass der Detaillierungsgrad nicht bis ins kleinste Detail geht. Deshalb empfiehlt die KBVU auch die Ziele für die Bereiche 30, 35 und 40 mit der Bemerkung, dass ist noch genug Luft nach oben und hin zur Messbarkeit. Nicht im Sinne, dass wieder ein neues Mess-System aufgebaut werden muss, sondern dass man sieht, was sind die Ziele und wie möchte man diese erreichen und darauf die Rechtfertigung, wie wurden diese Ziele erreicht.

Die Grüne/glp-Fraktion nimmt gemäss Simon Solari den vorliegenden B+A positiv zur Kenntnis und freut sich den neuen Stadtrat an diesem Programm zu messen. Das Strategie- und Legislaturprogramm 2020 – 2024 beinhaltet einige gute Punkte. Es handelt sich dabei um ein ambitioniertes Programm, welches es in den nächsten Jahren zu verfolgen gibt. Sie begrüssen den Willen des Stadtrates etwas zu verändern sehr und auch die Verwendung der Wir-Form in der Gemeindestrategie zeigt auf, dass alle Beteiligten involviert und miteinbezogen werden sollen. Auch die Aufteilung der Vision der Gemeindestrategie in Mensch, Raum und Wirtschaft erachtet die Fraktion als gelungen. Dass das Strategie- und Legislaturprogramm nur noch in elektronischer Version vorhanden ist, begrüssen sie als Klimapartei sehr. Man könnte das als gutes Beispiel für andere Bereiche nehmen. Jedoch sollte man nicht zu viel träumen und die Sache realistisch betrachten. Durch den kürzlichen Entscheid des Regierungsrates, den Steuerfuss in Kriens um 1/20 zu erhöhen, geht die Wahrnehmung leider in eine andere Richtung. Wie soll man all diese ambitionierten Ziele realisieren, wenn man schlicht kein Geld dazu hat? Des Weiteren hätte die Grüne/glp-Fraktion gerne ein bisschen mehr gewünscht, dass das Strategie- und Legislaturprogramm auch klimapolitische Punkte mehr

gewichtet. Man hat vor zwei Jahren den Klimanotstand in Kriens ausgerufen. Deshalb erwarten sie, dass auch in zukünftigen B+A's diese Komponente mehr gewichtet wird. Der Stadtrat soll aufzeigen, wie er denkt, die klimapolitischen Ziele gemäss der eidgenössischen Strategie Netto0 2050 einzuhalten und zu verfolgen. Auch hier sollte man progressiver vorgehen, und diese Strategie schon für 2030 planen, da es 2050 zu spät sein wird. Diese sollte unbedingt in die Gestaltung weiterer Massnahmen miteinfließen. Die Fraktion erwartet konkrete Massnahmen. Sie erwarten einen Massnahmenplan des Stadtrates, wie er denkt, die Fahrzeugflotte der Stadt auf alternative Energieträger umzustellen. Konkrete Umsetzungsmassnahmen in Bereich Bildung werden erwartet. Wie werden die Schüler auf das Thema Klimapolitik aufmerksam gemacht? Gibt es Sensibilisierungskampagnen? Die Immobilienstrategie hat klar aufzuzeigen, wie Netto0 bis 2030 in Kriens erreicht werden soll. In städtischen Immobilien dürfen keine Öl und Gasheizungen mehr eingebaut werden. Desweiteren sollen sämtliche Dächer mit Photovoltaik ausgerüstet werden. Die Legislaturziele der Immobiliendienste sind hehre Ziele, jedoch allerdings Schall und Rauch ohne Geld. Sie begrüssen, dass die Analyse des Kostensenkungspotential als wichtigste Massnahme zur Einhaltung der Legislaturziele aufgegriffen wird. Jedoch wird in diesem Punkt die Umwelt vollends aussenvor gelassen. Das Umweltpotential muss unbedingt miteinbezogen werden und ist auch wichtiger als das Kostenpotential. Solche griffigen Massnahmen werden verlangt, um weiter in Richtung umweltfreundliches und nachhaltiges Kriens zu gelangen.

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion für die Vorlage des neuen Legislaturprogramms resp. der Gemeindestrategie durch den Stadtrat. Das Dokument ist eine richtungsweisende Dokumentation für die Stadt Kriens. Der Stadtrat zeigt auf, welche Ziele er sich für die Zukunft und speziell für die nächsten Jahre setzt und wie er gemeinsam mit der Verwaltung diese Ziele anzugehen gedenkt. Die SVP-Fraktion ist im Grundsatz dem neuen Stadtrat wohlgesinnt und attestiert ihm auch den klaren Willen, Kriens trotz der erdrückenden finanziellen Hypothek als dynamische, lebendige und offene Stadt attraktiv zu gestalten. Die Formulierungen der Leitlinien wurden angepasst, so steht nun beispielsweise nicht mehr wie vor 4 Jahren an erster Stelle «Die Arbeitsplätze der Verwaltung sind zeitgemäss und attraktiv», sondern «Wir stehen in engem Kontakt zur Bevölkerung und nehmen deren Bedürfnisse auf...» Dieser kleine Unterschied ist vielsagend und zeigt wo neu die Prioritäten liegen. Es gibt nach wie vor verschiedene Formulierungen, welche noch sehr allgemein gehalten werden. So sagt der Satz: «*die Stadtentwicklung schafft neue Qualitäten...*» genau soviel, wie er auch nichts sagt. Aber man kann sich erahnen, dass er positiv gemeint ist und die Stadt qualitativ gut weiterentwickelt werden soll. Zugleich sehen sie auch, dass der finanzielle Handlungsspielraum gemäss Leitlinien erst noch geschaffen werden muss. Insofern ist möglicherweise mit «neuen Qualitäten» auch gemeint «*die Stadtentwicklung schafft neue Qualitäten welche im Gegensatz zu den letzten Jahren auch ihren finanziellen Möglichkeiten entspricht*». Man sieht, dass das Dokument noch sehr viel Interpretationsspielraum offenlässt. Die SVP-Fraktion kann mit ihrer eigenen Interpretation der meisten Formulierungen zwar leben, aber es braucht schon noch einige Nacharbeit bei den Massnahmen wahrscheinlich dann im Rahmen des AFP. Trotzdem gibt es einige Kritikpunkte, welche sie anfügen möchten. Vor 4 Jahren hat die SVP-Fraktion das abgelieferte Dokument nicht genehmigt, da keine Massnahmen aufgeführt wurden. Dies wurde in der jetzigen Version gut umgesetzt und die Fraktion sieht so auch besser, wie die angestrebten Ziele angegangen werden sollten. Dies ist auch notwendig, leider sind neben sehr guten Zielen auch viele Ziele und Massnahmen noch wenig konkret und damit nicht wirklich aussagekräftig. Dies haben sie vor 4 Jahren bemängelt, es gibt immer noch Potential. Auch fehlen teilweise Massnahmen. Beispielsweise gibt es bei der Abteilung Umwelt und Sicherheit nur Massnahmen zur Umwelt, Sicherheit fehlt gänzlich. Die Kritik am B+A, dem eigentlichen Bericht zur Strategie können sie wiederholen, was sie vor 4 Jahren gesagt haben. Es ist sicher interessant die Struktur des Zielsystems immer wieder neu zu erklären und die Zusammenhänge zu verstehen, viel interessanter wäre es aber die Begründungen oder Erklärungen zur Strategie anzufügen. Wieso wurde ein bestimmtes Ziel gesetzt oder wie ist eine wichtige Massnahme zu verstehen. Dies würde vielleicht einige Fragen beantworten. Mit einigen Zielen und Massnahmen können sie sich überhaupt nicht einverstanden erklären. Beispielsweise sollen mit einseitigen Massnahmen ÖV und Langsamverkehr gefördert werden. Ganz im Gegensatz zum GVKK, welches eine gesamtheitliche Verkehrsbetrachtung verlangt. Weiter findet man die Massnahme an 2 Stellen die Position eines CDO zu schaffen als unpassend, möglicherweise ein reines Formulierungsproblem aber zumindest eine unpassende Massnahme und zudem für die Bevölkerung kaum nachvollziehbar. Dass man in den Massnahmen

liest «Entscheid Neubau Hallenbad» ist doch auch etwas überraschend, da wäre wohl «Finden von finanzierbaren Lösungen und Entscheid zur Möglichkeit der Weiterführung eines Hallenbadangebots» passender und ehrlicher. Dies drei kurze Beispiele vorab. Dort wo sie mit der konkreten Aussage überhaupt nicht einverstanden sind, werden sie entsprechende Bemerkungen anbringen. Positiv zur Kenntnis nimmt die Fraktion die Massnahmen zur Optimierung der operativen Verwaltungsleitung und damit auch zur Förderung der Departementsübergreifenden Zusammenarbeit. Ebenso wird der Stellenwert der Digitalisierung als wichtig gesehen, allerdings ist bei beiden Themen letztendlich dann entscheidend, wie das Ganze dann konkret angepackt wird. Also beispielsweise sicher nicht einfach mit der Schaffung einer Stelle eines CDOs. Die SVP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein und wird in Abhängigkeit der überwiesenen Bemerkungsanträge die empfohlene Güterabwägung machen, ob der Anteil der Aussagen mit denen sie einverstanden sind überwiegt oder umgekehrt.

Daniel Rösch ist der Meinung, dass der Stadtrat primär strategisch und nicht operativ tätig ist. Dies betont er auch immer wieder selber. Aus diesem Grund ist das vorliegende Dokument, aus Sicht der FDP-Fraktion, ein zentraler Bestandteil seiner Tätigkeit. Der Stadtrat hat sich für die Ausarbeitung entsprechend Zeit gelassen. Positiv erachten sie, dass er im Rahmen der Ausarbeitung in Form des Schöllsigen Gesprächs eine Plattform angeboten hat, um Inputs zum Legislaturprogramm abzuholen. Trotz dieser sorgfältigen Vorbereitung, sind sie in gewissen Bereichen, des vorliegenden Ergebnisses, ein wenig ernüchternd. Dies hat mehrere Gründe. Im B+A ist beschrieben, dass der Stadtrat das vorgängige Programm sorgfältig geprüft hat bevor er das neue Legislaturprogramm erstellt hat. Sie hätten sich gewünscht, dass die Erkenntnisse von dieser Prüfung im B+A ersichtlich gewesen wären. Ihres Erachtens wäre es wichtig gewesen, ein Resümee vom vorgängigen Legislaturprogramm zu ziehen. Mit einer solchen Retrospektive hätte man verschiedene Fragen klären können. Wurden alle Ziele erreicht und welche wurden nicht erreicht? Welche Ziele möchte man nicht weiterverfolgen? Die Klärung dieser Fragen hätte das Verständnis geklärt, wie dieses Legislaturprogramm zu Stande kam. Um eine Strategie zu formulieren, benötigt es eine Vision. Die Fraktion hat Mühe mit dieser schwammig formulierten Vision. Sie hätten sich mehr Mut bzw. mehr frischen Wind gewünscht. Mit der aktuellen Vision lassen sich keine Emotionen schüren und auch nur bedingt Kräfte mobilisieren. Die Leitlinien sind grossmehrheitlich alle angepasst worden. Dies hat sie ein wenig überrascht. Wenn man bedenkt, dass diese Leitlinien ein Bestand von rund 10 Jahren haben sollten. Es drängt sich auch die Frage auf, weshalb man diese umformuliert und die Vision nicht. Sie sind der Meinung, dass gewisse Ziele nicht messbar definiert sind. Sie wünschen sich, dass die Ziele zukünftig nach smart Kriterien daherkommen. Die Fraktion anerkennt aber, dass sich der Stadtrat die Punkte der letzten Legislaturprogramme zu Herzen genommen hat. So sind nun Massnahmen zu den entsprechenden Zielen ersichtlich. Dafür danken sie dem Stadtrat, denn sie sind der Meinung, dass das Dokument so ein wenig fassbarer wird. Auch hervorzuheben ist die Präsentation zum Legislaturprogramm. Sie empfinden insbesondere den digitalen Auftritt als sehr gelungen. Vor der Kommissionssitzung ist die Haltung der FDP-Fraktion eher kritisch gewesen. Der Stadtrat hat in den entsprechenden Sitzungen die noch offenen Punkte erklärt. Aus diesem Grund können sie nun grossmehrheitlich hinter diesem Geschäft stehen. Sie hätten gerne einige Punkte geändert, jedoch verzichten sie zu Gunsten der Ratseffizienz auf entsprechende Bemerkungsanträge. Die Fraktion dankt dem Stadtrat für die Ausarbeitung des Dokumentes und werden auf den B+A eintreten.

Gemäss Andreas Vonesch ist die CVP/JCVP-Fraktion für Eintreten und nimmt das Legislaturprogramm positiv zur Kenntnis. Es ist ein Strategiepapier, indem der Stadtrat aufzeigt, welchen Weg er in den nächsten Jahren einschlagen will. Dazu formuliert er aus den Abteilungen und Departementen seine Ideen und Ziele und zeigt neu auch gleichzeitig Massnahmen auf, wie er diese erreichen will. Das Format und die Gestaltung neu auch in einer Onlineversion gefallen. Die CVP/JCVP-Fraktion anerkennt auch die verständliche Systematik mit der Pyramide, welche aufzeigt, wie die Vision schlussendlich bis zum Budget mit den Leistungsaufträgen heruntergebrochen wird. Es ist aus ihrer Sicht ein positiv formuliertes Papier. Es ist ein ambitioniertes Programm, das dem Stadtrat und der Verwaltung vieles abverlangen wird. Viele der Massnahmen drehen sich um das Geld und sie hoffen sehr, dass dieses nicht zu einem Killerkriterium auf dem Weg zur Erreichung der formulierten Ziele wird. Man kann über die Leitlinien und ausgewählten Ziele geteilter

Meinung sein und das kann man auch monieren. Die CVP/JCVP-Fraktion ist aber der Meinung, dass es nicht zielführend ist, wenn man dieses in der Kompetenz des Stadtrates liegende Papier nun wieder massiv zerpfückt. Man muss nicht alles bis zum letzten Komma hinterfragen. Sie vertrauen dem Stadtrat. Der Rat sollte jetzt einmal den Stadtrat und die Verwaltung daran arbeiten lassen. In der Detailberatung werden sie einen Bemerkungsantrag dazu formulieren.

Michael Portmann merkt an, dass die Gemeindestrategie und das Legislaturprogramm nun endlich alle Vorschriften aus dem FHGG erfüllen. Die SP-Fraktion dankt allen, die zu dieser Vorlage beigetragen haben. Endlich wird nun auch die operative Ebene der Aufgabenbereiche inklusive Massnahmen sichtbar. Vom Claim über 12 Leitlinien führt der Weg zu 34 Legislatur-Zielen sowie 88 Massnahmen in den einzelnen Aufgabenbereichen. Dank den roten Punkten im Dokument wird sichtbar, wann welche Massnahmen umgesetzt werden sollen und dort wird dann auch sichtbar, dass bereits 2021, 43 Massnahmen wegen Finanzknappheit gestrichen werden mussten. Warum diese Massnahmen fürs 2021 gestrichen oder verschoben wurden, ist nicht ersichtlich. Dabei wäre durchaus Bedarf nach Erklärungen vorhanden, warum beispielsweise die Totalrevision der Ortsplanung wieder nach hinten verschoben wird. Alle vier Leitlinien zum Raum, B1 bis B4 erhalten damit erst ab 2023 mit der Ortsplanung das Fundament, welches die Stadt Kriens bereits heute dringendst braucht. Gleichzeitig wird in anderen Aufgabenbereichen exakt im Bereich Ortsplanung weitergearbeitet. In den Präsidialdiensten wird alles getan, um die Einhausung beim Bypass-Projekt zu erreichen. Dem stimmen alle zu. Gleichzeitig muss man sich aber auch bewusst sein, dass man damit Geld ausgibt, um ein Strassenbauprojekt des Bundes zu verbessern, was definitiv nicht zu den Aufgaben der Stadt Kriens gehört. Gleichzeitig verschwindet die für Kriens viel wichtigere Quartier- und Stadtentwicklung komplett hinter dem Bypass-Projekt. Immer noch fehlen in Kriens für zwei riesige Gebiete mit mehr als 10'000 Bewohnerinnen und Bewohner die Quartiervereine. Auch die Quartiertreffpunkte fehlen und die dafür vorgesehenen Schulanlagen wie das Bleiche-Schulhaus verschwinden in diesen Gebieten ebenfalls. Damit werden auch die Leitlinien A1 und A2 nie erfüllt werden können, wenn die Stadt Kriens im Gebiet vom Amlehn bis hinaus zur Feldmühle keinen Raum für Quartiertreffpunkte sichert. In den Freizeitsdiensten wird die zweifellos wichtige Weiterentwicklung des Areals Kleinfeld angekurbelt. Da ist von Hallenbad und Leichtathletik-Anlage die Rede, welche neu umgesetzt werden sollen. Beide Projekte gehören für die Fraktion hinein in die Ortsplanung, in welcher die Leitlinien B1 bis B4 eine Grundlage erhalten. Das Beispiel Ortsplanung zeigt, wie gefährlich es sein kann, wenn die Leitlinien zwar umformuliert werden, aber dennoch von früher übernommen werden. Schliesslich werden nicht nur die Leitlinien in den Grundzügen übernommen, sondern auch damit die Ziele und Massnahmen in den Aufgabenbereichen. Wie sich das auswirkt, wird auch bei der Leitlinie A4 sichtbar. Es heisst da: «Die Verwaltung sei dienstleistungsorientiert und kompetent. Attraktive Arbeitsbedingungen unterstützen Innovationen.» Für sie ist klar, dass dazu die Arbeitslast der Daueraufgaben mittels Mengengerüsten so verteilt werden muss, dass sie langfristig tragbar bleibt. Gute Hinweise dafür für eine solche optimale Verteilung werden in den Fluktuationen, bei all den Ausfalltagen, bei den Mengengerüsten wie Fallzahlen pro 100 % Stelle bei Dossier-intensiven Arbeiten, Zahl der Förderungsgespräche oder den Mitarbeitenden-Befragungen sichtbar. Leider weisen heute sehr viele dieser Indikatoren darauf hin, dass der steigenden Arbeitslast zu wenig Ressourcen gegenüberstehen. Das kostet die Stadt Kriens bereits heute einiges. Und nun sollen die Angestellten der Stadt Kriens unter diesen Bedingungen auch noch innovativ sein. Wie bitte sehr, wenn die Ressourcen schon für die Daueraufgaben zu klein sind? Man möchte digitalisieren. Schliesslich kann dann die Arbeit effizienter erledigt werden und somit reichen die Ressourcen völlig aus. Man vergisst dabei, dass die Digitalisierung besonders während der Transformationsphase sehr viel Ressourcen braucht und nicht alle Arbeiten auch wirklich digitalisiert werden können. Viele der Dienstleistungen der Stadt Kriens beruhen auf Gesprächen zwischen Menschen, was sich nicht digitalisieren lässt. Beim Vergleich mit anderen Gemeinden und Städten stellt man fest, dass die Stadt Kriens mit sehr wenig Personalressourcen sehr viel Arbeit erledigt. So hat Emmen beispielsweise eine um 100 Mitarbeitende grössere Verwaltung für die gleiche Arbeit. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Angestellten in der Stadt Kriens chronisch überlastet sind und deshalb die Leitlinie A4 nie erfüllt werden kann. Ihnen fehlt eine Massnahme, in welche klar deklariert wird, dass die chronische Überlastung massvoll und gezielt angegangen wird. Man braucht nicht wie Emmen 100 zusätzliche Stellen, um die gleiche Arbeit zu machen. Was man braucht sind rund 5-10 Stellen bis 2024 an den exakt richtigen Stellen,

welche dort bewirken, dass die Kosten sinken, weil endlich alle Arbeiten erledigt werden können. Die Fraktion wird dazu allerdings keinen Antrag stellen, sondern erinnert den gesamten Stadtrat daran, dass es Pflicht des Stadtrates ist, bei einer chronischen Überlastung der Angestellten der Stadt Kriens geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit die Arbeitslast wieder langfristig tragbar wird. Alle Parteien haben anlässlich des PUK-Berichts darauf hingewiesen, dass der Stadtrat jederzeit fürs Controlling zusätzliche Stellen hätte betragen können. Eine vergleichbare Controlling-Situation, nur etwas grösser, liegt auch hier vor. Sobald nachgewiesen werden kann, dass wegen fehlenden Personalressourcen unnötige Kosten entstehen, werden einem die Fetzen um die Ohren fliegen. Also sollte Mut gefasst und diese Daueraufgabe im Stellenplan endlich angepackt werden. Die SP-Fraktion tritt in die Debatte ein und sind mit dem vorliegenden Dokument unzufrieden. Sie konnten sich innerhalb ihrer Fraktion nicht eindeutig auf zustimmen oder ablehnen einigen und haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Als Bettina Gomer-Beacco diese Legislaturziele gesehen hat, dachte sie als erstes: «Wow, nicht schlecht.» Dann hat sie sich die Ziele nochmals angesehen und hat sich gefragt, ob sich Kriens das leisten kann. Sie unterscheiden sich in der Qualität enorm. Ihr ist bewusst, dass es nicht einfach ist, Ziele zu schreiben und es eine Angelegenheit ist, welche smarte Fähigkeiten benötigt. Manchmal gelingen sie besser und mal schlechter. In ihrem Job müssen sie regelmässig klare, individuelle Pflegeziele definieren und dass anhand eines Pflegeprozess. Dies ist ein 6-stufiger Prozess, in den 50er Jahren entwickelt, den sie in der Ausbildung fast schon gebetsmühlenartig hat aufsagen können müssen.

1. Informationssammlung: Assesment – Sammlung aller relevanter Informationen
2. Erkennen von Herausforderungen und Ressourcen
3. Festlegung der Pflegeziele
4. Planung der Pflegemassnahmen
5. Durchführung der Massnahmen
6. Evaluation – Überprüfung der Zielerreichung allenfalls Zielanpassung

Die Zieldefinition wird so formuliert, dass sie gleichzeitig als Messgrösse dient, um die Wirksamkeit der geplanten Massnahmen zu beurteilen. Nur solche Prozesse mit smarten Zielen und angepassten Massnahmen sind wirtschaftlich, zweckmässig und wirksam und nur solche werden, laut Krankenversicherungsgesetz vergütet. Dabei ist eine regelmässige, datierte Evaluation anhand klarer Indikatoren zwingend. Sie ist der Meinung, dass diese Ziele und Massnahmen teilweise klar durchfallen würden. Sie gibt zu, es ist nicht immer einfach solche Ziele zu definieren und es können auch nicht alle Pflegepersonen gleich. Aber die Leitung überprüft diese Ziele und Massnahmen und hilft bei Bedarf. Die Massnahmen sind für das Team verbindlich. Damit wird gewährleistet, dass sie zielorientiert und personenunabhängig umgesetzt werden. Dazu gehört noch ein dritter Player, denn vor allem muss nämlich auch der Patient mit solchen Zielen und Massnahmen einverstanden sein. Wer in diesem Fall Patient, Pflegekraft oder Zahler ist, sei dahingestellt. Auf jeden Fall sind nicht alle Parteien gleichberechtigt behandelt worden und das führt zu Widerstand. Vielleicht wäre so ein Pflegeprozess eine gute Inspiration für ein nächstes Mal, obwohl, sie sich sicher ist, dass es ähnliche Prozesse bereits für das Verwaltungsumfeld gibt.

Räto Camenisch sagt, dass das Legislaturprogramm bereits seit Jahren etwas Schwieriges, etwas zum Kritisieren und meistens nichts papierwertes ist. Man hat immer für alle etwas integriert und schöne Sätze gebildet. Es war ein Wunschkatalog, welcher dem Einwohnerrat vorgelegt wurde. Von dem hat man zum Glück nun Abstand genommen. Zum ersten Mal hat man auch Massnahmen dazu, was grundsätzlich eine gute Idee ist. Diese Massnahmen, welche im Legislaturprogramm stehen, sieht er als Mittelding. Aus diesem Grund ist es mit diesen Massnahmen sehr schwierig. Es dürfen keine Allgemeinplätze sein, denn ansonsten sind es keine Massnahmen. Wenn sie zu detailliert sind, gehört es zum AFP. Es ist sehr schwierig, solche Massnahmen sauber und klar in ein solches Programm zu schreiben. Da die Massnahmen das erste Mal erwähnt werden, ist es ein bisschen misslungen. Er möchte einige Beispiele erläutern. Bei den Personaldiensten heisst es, dass die Mitarbeitende sich mit Kriens identifizieren. Anschliessend heisst es top enrichment and enlargement. Er fragt sich, ob dies jede Krienserin und jeder Krienser versteht. Die

Wiederholung der Mitarbeitenden-Umfrage wird auch erwähnt. Wiese muss diese wiederholt werden, wenn sie gemacht wurde? Gemäss Räto Camenisch hätte man viel lieber geschrieben, was man für die Angestellten tun möchte. Von einer Umfrage haben die Angestellten nichts. Die Aus- und Weiterbildung ist ein Dauerthema und gehören daher auch nicht ins Legislaturprogramm rein. Bei den Finanzdiensten ist es am präzisesten beschrieben. Man merkt, dass diese sich gewöhnt sind mit Zahlen umzugehen. Zahlen sind etwas Abstraktes. Auch bei der Stadtkanzlei wurden Befragungen erwähnt. Er ist der Meinung, dass Befragungen zum täglichen regieren gehören. Die Umwelt- und Sicherheitsdienste haben den «Vogel» abgeschossen. Sie haben nichts über die Sicherheit aufgelistet. Kriens hat auch Sicherheitsbedürfnisse. Beim Verkehr werden die GVKK Massnahmen erwähnt. Er ist jedoch der Meinung, dass viel besser erwähnt würde, was man genau machen möchte. Er möchte dem Stadtrat mitgeben, dass die zweite Fassung im nächsten Jahr präziser sein soll.

Raoul Niederberger merkt an, dass Räto Camenisch es richtig gesagt hat. Das Legislaturprogramm muss so viel abdecken, dass im Einwohnerrat nie alle zusammen einverstanden damit sein werden. Auch er hat gewisse Punkte, an welchen er lieber mehr Fleisch am Knochen hätte. Es ist jedoch sicher gut, dass man diese Ziele und Massnahmen hat und er ist sehr gespannt auf das nächste Legislaturprogramm.

Martin Zellweger stellt fest, dass der Rat dieses Programm nun vorgelegt bekam und nicht sah, wie die Strategie entstand. Da man bereits halb mit der Legislatur durch ist, kann man jetzt Korrekturen für in vier Jahren anbringen. Man könnte einige Vorstösse sparen, wenn man vorher den Einwohnerrat über die Kommissionen abholen könnte.

Michael Portmann kommt dieses Legislaturprogramm ein wenig wie ein Schönwetterprogramm vor. Ihm fehlt ein Regenschirm, wegen den finanziellen Unwetter. Es ist noch nicht lange her, seit Kriens den budgetlosen Zustand hatte. Auch sind die Krienser Finanzen überhaupt nicht im Gleichgewicht. Er möchte, dass der Stadtrat mit dieser Strategie nicht nur das schöne Wetter propagiert. Es sollte ein wahres Bild von Kriens entstehen. Auch geht verloren, dass ein solches Programm bei der Umsetzung Ressourcen und Controlling benötigt.

Christine Kaufmann-Wolf dankt für die unterschiedlichen Feedbacks. Ihr wurde gesagt, dass wenn es eine mittelmässige Unzufriedenheit im Parlament gibt, es am besten ist. Die einen sind nicht glücklich, weil zu viel Verkehrssachen integriert sind und andere sind nicht glücklich, weil es von etwas anderem zu wenig hat. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz für die Gemeinden muss der Stadtrat ein Legislaturprogramm innerhalb von zwei Jahren nach Legislaturstart vorlegen. Der Gesetzgeber verpflichtet die Gemeinden eine politische Planung zu initiieren. Von dem Legislaturziel und den wichtigsten Massnahmen. Der Aufbau orientiert sich an den Aufgabenbereichen bzw. an den Abteilungen. Das Legislaturprogramm ist eine Landkarte für eine Legislatur. Daraus werden Beschlüsse für die einzelnen Jahre abgeleitet und laut FHGG ohne dabei all zu tief ins Detail zu gehen. Zu oberst ist die Gemeindestrategie, welche für 10 Jahre gemacht wird. Bei einem Legislaturprogramm sind es 4 Jahre. Die Anforderung ist die gemeinsame Basis im Exekutivgremium. Innerhalb der Exekutive besteht einen Konsens für mögliche kommunale Entwicklungsfragen. Mit Orientierung bieten ist gemeint, was man vorhat und wo man hinmöchte. Operative Steuerung ermöglichen und Schnittstellen von Planungen klären. Dies wurde mit Massnahmen definiert und auch die Zuständigkeiten sind geklärt. Es wurde erwähnt, dass man zu spät mit dem Programm kommt. Man ist jedoch immer noch in dieser Frist. Von aussen wurde sogar gesagt, dass man sportlich unterwegs ist. Das erste Jahr dieser Legislatur ist bald fertig und sie versteht, dass man wissen möchte, woran sich der Stadtrat halt. Die Alternative wäre gewesen, dass der vorherige Stadtrat einen Vorschlag ausgearbeitet hätte und der jetzige Stadtrat den übernommen hätte. Dies wäre jedoch nicht im Sinn und Geist von allen gewesen. Der Stadtrat hat anlässlich der Herbstklausur das Legislaturprogramm in Angriff genommen. Der Stadtrat wurde von einem Experten, René Steiner, begleitet. Die Firma ist darauf spezialisiert, dass sie Gemeinden und Kantone

diesbezüglich begleiten und unterstützen. Alle Abteilungsleitenden wurden im Prozess miteinbezogen. Leider konnte man sie coronabedingt nicht an die Klausur einladen. Man wollte auf die Erfahrungen der Abteilungsleitenden zurückgreifen. Die Bemerkungen vom Einwohnerrat der letzten vier Jahre wurden so gut wie möglich miteinbezogen. Anlässlich der Schösslgespräche hat der Stadtrat eine Plattform geschaffen, mit welcher Anregungen und Vorstellungen abgegeben werden konnten. Man hat festgestellt, dass diese sehr nah an die Vorstellungen des Stadtrats kamen. Das Dokument wurde neu aufgelegt. Der neue Stadtrat hat gewollt auf dem Bestehenden aufgebaut. Der eingeschlagene Weg der Vorgänger ist in den Grundzügen richtig und zukunftsfähig. In der Umsetzung hat der neue Stadtrat Akzente gesetzt. Die Massnahmen sind konkret mit den Legislaturreferenzen verknüpft und zeigen auf wie der Stadtrat die Projekte angehen möchte. Massnahmen, Planung und Richtschnur bieten Orientierungsmöglichkeiten und sind ein Wegweiser durch die Legislatur. Klar ist, dass man noch viele Ziele mehr hätte integrieren können. Es hat pro Aufgabenbereich zwei Ziele. Alle Projekte sind einem Globalbudget zugeordnet. Wichtig für die aktuelle Legislatur ist, dass man eine Weiterentwicklung bei den departementsübergreifenden Arbeiten hat. Dies ist ein wichtiges internes Entwicklungsziel. Der Stadtrat freut sich auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit mit dem Einwohnerrat und die gemeinsame Weiterentwicklung. Sie stellt fest, dass die Ziele ambitioniert sind, da man sie nicht locker einfach erfüllen kann. Sie ist der Meinung, dass Ziele ambitioniert sein dürfen. Auch hat sie gehört, dass es ein Schönwetterprogramm ist. Sie möchte jedoch nicht negative Visionen haben. Es wurde gesagt, dass Chance Bypass vieles verbaut, jedoch meint Christine Kaufmann-Wolf, dass es ein sehr wichtiges Ziel ist. Auch bei der Quartierentwicklung ist man daran. Letzte Woche hatte man mit den Quartiervereinspräsidenten einen Austausch. Sie stellt fest, dass es viele Herausforderungen gibt, der Stadtrat sei jedoch sehr motiviert diese anzugehen.

Tomas Kobi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Bemerkungsantrag CVP/JCVP: Leitlinie B1 - Land- und Forstwirtschaft

Andreas Vonesch möchte im Namen der CVP/JCVP-Fraktion folgende Bemerkung ergänzen:

«Die Natur- und Naherholungsräume sowie die Land- und Forstwirtschaft werden gesichert und aufgewertet. Sie bieten Ruhe- und Erholungsmöglichkeiten.»

Andreas Vonesch bittet den Einwohnerrat den Antrag zu überweisen. Neu soll die Leitlinie B1 wie folgt ergänzt werden. «Die Natur- und Naherholungsräume sowie die Land- und Forstwirtschaft werden gesichert und aufgewertet. Sie bieten Ruhe- und Erholungsmöglichkeiten.» Die Fläche der Gemeinde Kriens besteht zu 31.6 % aus landwirtschaftliche Nutzfläche. Die Hälfte der Fläche ist Wald und nur 16 % macht die Siedlungsfläche aus. Über 80 % der Gesamtfläche wird in der Gemeindestrategie und dem Legislaturprogramm mit keinem Wort erwähnt. Man wirbt mit dem Spruch: «Stadtleben am Pilatus». Was Stadtleben ist, dass weiss man. Mit dem Pilatus verbindet man die Natur und die Naherholungsgebiete. Mit Naturräume ist die Land- und Forstwirtschaft nicht inkludiert. Auch die Land- und Forstwirtschaft sind wichtige Wirtschaftliche Faktoren, welche man bereits nutzt und noch stärker fördern möchte.

Christine Kaufmann-Wolf merkt an, dass der Stadtrat gegen sämtliche Anträge ist und gegen alle opponieren wird. Der Stadtrat sagt, dass es sein Programm ist, welches er erarbeitet hat. Bei den späteren Anträgen, betreffend Massnahmen, ist der Stadtrat der Meinung, dass der Stadtrat so die Massnahmen setzt, wie er das Ziel erreichen möchte. Man kann auch sagen, man trifft sich auf dem Pilatus, es soll jedoch jeder selber schauen wie man hochkommt. Der Stadtrat möchte selber entscheiden, wie er auf den Pilatus kommt. Aus diesem Grund opponiert der Stadtrat.

Raoul Niederberger ist erstaunt über die Erklärung, weshalb man bei allen Anträgen opponieren wird. Es ist generell so, dass der Stadtrat mit Vorschlägen in Form von B+A kommt und der Einwohnerrat ist hier um seine Meinung dazu zu sagen. Zum Teil nimmt der Stadtrat solche Anträge auch an. Also wenn das so laufen würde, dann dürfte der Stadtrat zukünftig keinem Antrag mehr zustimmen. Er ist der Meinung, dass man als Einwohnerrat und Stadtrat gemeinsam die Stadt voranbringen möchte und die beste Lösung für Kriens finden. Wenn er das so hört, fragt er sich, ob das in Zukunft auch so gemeint ist. Es geht ihm nicht generell um diesen Antrag, sondern um diese Aussage, dass der Stadtrat allen Anträgen opponieren wird.

Auch Andreas Vonesch ist ein wenig perplex. In diesem Antrag wird auf der Flughöhe Leitlinien gesprochen und sie wollen nicht ein Ziel oder eine Massnahme korrigieren. Sie sagen ganz klar, dass sie diese Leitlinie ergänzt haben möchten. Das Bild mit auf den Pilatus gelangen, wäre im Prinzip ein Ziel.

Räto Camenisch merkt an, dass man ins gleiche Horn stösst. Was hier passiert ist ein No Go. Der Stadtrat präsentiert ein Programm und das ist auch sein Recht. Aber wenn der Einwohnerrat daran nichts kritisieren darf, dann muss man es gar nicht vorlegen und einfach nach Hause schicken. Der Einwohnerrat hat das Recht und die Pflicht Stellung zu nehmen. Nicht im Sinne von Abänderungen, sondern im Sinne einer Bemerkung. Diese wird im Beschlusstext hinzugefügt. Dieses Recht haben sie und werden sie auch wahrnehmen. Der Stadtrat kann selbstverständlich sagen, dass er alles ablehnen wird. Das man durchblicken lässt, dass es nicht die Aufgabe des Einwohnerrates ist, Bemerkungen zu machen, geht nicht.

Martin Zellweger stellt fest, es macht das, was er in seinem Votum bereits gesagt hat, nur schlimmer. Wenn man vorher und auch nachher nicht sagen kann, dann muss man überhaupt nichts sagen. Deshalb versteht er die Debatte nicht. Das Votum der Stadtpräsidentin ist ein wenig misslungen.

Bettina Gomer-Beacco möchte erwähnen, dass es der SP-Fraktion wichtig zu sagen ist, dass es auch bei ihnen schräg ankam. Opponieren darf man natürlich jeder Zeit, aber der Einwohnerrat hat auch etwas dazu zu sagen. Ansonsten ist viel Zeit des Einwohnerrates vergeudet. Wenn sie die Zeit investiert dies zu lesen, möchte sie auch angehört werden.

Christine Kaufmann-Wolf möchte sich korrigieren. Selbstverständlich kann der Einwohnerrat die Bemerkungsanträge machen und selbstverständlich bestimmt der Einwohnerrat, welche Anträge überwiesen werden. Dies ist das Recht des Einwohnerrates. Sie hat sich ein wenig unglücklich ausgedrückt. Sie wollte jedoch sagen, dass der Stadtrat das Gefühl hat, dass er dieses Programm so haben möchte. Für den Stadtrat stimmt es, wenn man Anpassungen hat. Jeder einzelne Antrag wird diskutiert werden. Der Einwohnerrat entscheidet schlussendlich zusammen, was überwiesen wird. Wenn sie falsch verstanden wurde, dann tut es ihr leid. Selbstverständlich hat der Einwohnerrat das Recht dazu. Sie hofft, dass man nun wieder zusammen auf dem gleichen Weg ist.

Abstimmung Bemerkungsantrag CVP/JCVP

Mit 20:7 Stimmen wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

<u>Albrecht Michèle</u>	Ja
<u>Bienz Viktor</u>	Ja
<u>Binggeli Michèle</u>	Ja
<u>Burkhardt-Künzler Anita</u>	Ja
<u>Camenisch Räto</u>	Ja
<u>Ercolani Enrico</u>	Nein
<u>Fluder Hans</u>	Ja

Gomer-Beacco Bettina	Nein
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfelner Nicole	Ja
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Bemerkungsantrag Grüne/glp: Umwelt- und Sicherheitsdienste

Pascal Meyer möchte im Namen der Grüne/glp-Fraktion folgende Bemerkung ergänzen:

«Die Leitlinie B1 des Legislaturprogramm 2020-2024 „Die Natur- und Naherholungsräume werden gesichert und aufgewertet. Sie bieten Ruhe und Bewegungsmöglichkeiten.“ reicht alleine nicht aus. Es braucht vermehrt integrierten Erholungsraum in den Quartieren.»

Pascal Meyer sagt, dass im B1 steht, dass Naherholungsräume gesichert und aufgewertet werden. Er stellt fest, dass seit 30 Jahren die Temperatur in Form der Klimawandlung steigt. Wenn man in den Wald schaut, sieht man bereits jetzt einige vertrocknete Bäume. Der Schutz des Naherholungsraums ist real und zentral wichtig. Nur der Naherholungsraum muss auch noch näherkommen. Man möchte auch den Schutz des direkten Naherholungsraumes in den Quartieren haben. Man benötigt Schutzzonen für die Menschen in den Quartieren. Dies bezweckt der Bemerkungsantrag der Grüne/glp-Fraktion.

Erich Tschümperlin hat ein kleines Verständnisproblem. Der Einwohnerrat wird Anträge stellen und diese auch diskutieren. Es könnte Anträge dabei haben, welche der Stadtrat als gut befindet. Der Stadtrat hat auch argumentiert, dass er die Bemerkungsanträge der letzten Legislatur aufgenommen habe. Könnte es nicht sein, dass der Stadtrat sagt, dass es eine gute Idee ist. Muss man jetzt aus Prinzip auf alle opponieren, selbst wenn es gute Ideen sind.

Auch Michael Portmann ist deren Meinung. Ihn hätte es brennend interessiert wie der Stadtrat denkt. Schliesslich haben sich alle mit Voten darauf vorbereitet. Er vermisst sehr, dass dies nicht vom Stadtrat kommt.

Abstimmung Bemerkungsantrag Grüne/glp

Mit 19:7 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Albrecht Michèle Ja

Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Räto	Enthaltung
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfelner Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Bemerkungsantrag SVP: 10 Personaldienste

Martin Zellweger möchte im Namen der SVP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Die Massnahme «Verantwortliche Stelle für die Digitalisierung schaffen» soll präzisiert werden als «Unterstützung der Abteilungen bei Bedarf von Stellendefinitionen insbesondere in Zusammenhang mit der Digitalisierung.»

Martin Zellweger merkt an, dass die Massnahme zur Schaffung einer Stelle für die Digitalisierung so losgelöst von einer definierten Strategie falsch ist. Sie gehört eigentlich nicht hierhin. Solange auf einer übergeordneten Ebene mit einer gesamtheitlichen Sicht noch nicht klar ist, was überhaupt angegangen werden soll, ist diese Massnahme hier isoliert und sinnlos.

Christine Kaufmann-Wolf sagt, dass sie die Stelle schaffen möchten, jedoch ist es beim Personal am falschen Ort. Es gehört zur Informatik und deshalb zu den Finanzen. Es wird eine Person benötigt, welche hilft und die Fähigkeiten besitzt, die Fäden beieinander zu halten und dies umzusetzen. Der Stadtrat möchte schauen, wie man zum Ziel kommt. Sie hat verstanden, dass man sieht, dass eine solche Person benötigt wird. Der Weg dorthin ist der einzige Unterschied.

Roger Erni merkt an, dass Christine Kaufmann-Wolf im Lead ist, da die Personaldienste im Präsidialdepartement sind. Dies ist nun endlich eine konkrete Massnahme. Selbstverständlich sind die wichtigsten Massnahmen pro Legislaturziel nicht anknüpfbar an eine Digitalisierungsstrategie. Man ist zurzeit daran eine ICT-Strategie zu erstellen. Man ist seit fünf Monaten bereit und könnte den Auftrag vergeben. Aufgrund des budgetlosen Zustands wurde es verschoben. Aufgrund der Strategie vom 2020 hat man gemerkt, dass es

schwierig ist, wenn man solche Strategien hat, diese in konkrete Einheiten zu integrieren. Er behauptet, dass endlich eine konkrete messbare Massnahme vorhanden ist. Man versucht es im Jahr 2022 zu schaffen. Er kann es jedoch noch nicht garantieren. Dies ist ein absolut konkretes und fassbares Ziel des Stadtrates. Es wurde jetzt im Juni dem Stadtrat vorgelegt und jetzt muss man diskutieren, ob dies geht oder nicht. Der Einwohnerrat weiss seit Jahren, dass im AFP sämtliche Personalmassnahmen in das Präsidialdepartement gehören. Überall wo eine Stelle angedacht ist, findet man es im AFP bei den Personaldiens-ten. Im Jahr 2022 wurden Fr. 200'000.00 für Personalmassnahmen sichergestellt. Dies reicht für zwei Stellen mehr, man würde jedoch gerne fünf neue Stellen schaffen. Die Abteilungsleitenden werden gefragt, wo sie Änderungen wollen. Bei gewissen Abteilungen wurden mehr als Fr. 200'000.00 für Massnahmen definiert. Da man es beim Personal ansetzen muss, bittet er um das Verständnis. Wenn es bei den Finanzen angesetzt wird, ist der Ablauf ein anderer. Es ist nicht unter den wichtigsten Massnahmen bei den Finanzen. Das vierte Legislaturziel bei den Finanzen ist die Digitalisierung und die Strategie realisieren.

Räto Camenisch fragt, wieso heisst das CDO. Er hat rausgefunden das es Chef Digital Officer heisst. Ist Kriens neustens in England?

Martin Zellweger stellt fest, dass eine andere konkrete Massnahme fehlt. Man weiss es benötigt eine Person und dies ist nicht im Gleichgewicht.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 17:7 einer Enthaltung Stimmen wird der Bemerkungsantrag nicht überwiesen.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	NICHT ABGESTIMMT
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Räto	Ja
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Hunziker Manuel	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	NICHT ABGESTIMMT
Nyfeler Nicole	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tschümperlin Erich	Enthaltung
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag SVP: 10 Personaldienste

Martin Zellweger möchte im Namen der SVP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Die Massnahme «gezielte Aus- und Weiterbildung» soll ergänzt werden mit «gezielte Aus- und Weiterbildung, insbesondere regelmässige Schulung der Stadtverwaltung im Finanzhaushaltsgesetz der Gemeinden (FHGG) sowie der Verordnung (FHGV)».

Martin Zellweger sagt, dass diese Massnahme als wichtige Empfehlung im PUK Bericht aufgeführt wurde und zum zentralen Anliegen einer hohen Dringlichkeit in Bezug auf die Aus- und Weiterbildung der Verwaltung gehört.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass sie nicht gesagt hat, dass der Stadtrat keine Begründung abgeben wird. Es heisst gezielt «Aus- und Weiterbildung». Der Stadtrat ist der Meinung, dass man gezielt vorwärtsght. Er hat das Gefühl es ist damit genug der Sache.

Cyrill Zosso sagt, dass auch er zur Ablehnung tendieren würde. Es hat durchaus einen hohen Stellenwert und auch vor allem in der Situation von Kriens. Die verschiedenen Stellen der Stadt haben ganz unterschiedliche Tools und Ansprüche. Er findet es nicht gerechtfertigt, dass man sich nur auf das FHGG fokussiert.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 19:7 und einer Enthaltung Stimmen wird der Bemerkungsantrag nicht überwiesen.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Räto	Ja
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Hunziker Manuel	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Enthaltung
Niederberger Raoul	Nein
Nyfeler Nicole	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tschümperlin Erich	Nein
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag SVP: 20 Finanzdienste

Martin Zellweger möchte im Namen der SVP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Die Massnahme «Umsetzung der Projekte gemäss Projektliste Finanzstrategie» muss von allen Abteilungen mindestens in einen erweiterten Massnahmenkatalog aufgenommen werden. Die Abteilungen sind im Rahmen der Finanzstrategie verantwortlich für deren Umsetzung.»

Martin Zellweger sagt, dass die Massnahme «Umsetzung der Projekte gemäss Projektliste Finanzstrategie» müsste in jeder Abteilung aufgeführt sein, da diese Projekte entscheidender Bestandteil der Finanzstrategie sind. Ohne sie kann die Finanzstrategie nicht umgesetzt werden. Die Projekte liegen in der Verantwortung der jeweiligen Abteilung und nicht bei den Finanzdiensten. Lediglich Erwähnen bei den Finanzdiensten wird der Wichtigkeit des Anliegens nicht gerecht.

Roger Erni merkt an, dass mit dem Sprechen über diese Bemerkung der Stadtrat Kenntnis nimmt. Mit der Umsetzung ist gemeint, dass dies als wichtige Massnahme beim Finanzdepartement liegt. Die Liste zum Controlling wurde nun dem Präsidialdepartement übergeben. Damit wird geschaut, dass die Projekte umgesetzt werden. Es ist eine grüne und rote Liste. Das Finanzdepartement wird dem Einwohnerrat einen Bericht abgeben. Mit diesem Punkt ist gemeint, dass das Präsidialdepartement zusammen mit dem Finanzdepartement schaut, dass bis im Jahr 2024 diese Projekte umgesetzt werden oder der KFG eine Meldung gemacht wird.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass er das Anliegen versteht. Er hat sich jedoch gefragt, ob es noch Alternativen gibt. Würde man es in jedem Departement aufführen? So ist es irgendwo platziert, denn es macht keinen Sinn, wenn man es überall aufführen würde.

Martin Zellweger erläutert, dass es nicht darum geht diese Ziele anzupassen. Bei keinem der Abteilungsleitenden ist das Thema auf der Liste. Es sind Zielsetzungen, welche von den Abteilungen umgesetzt werden müssen. Im Bemerkungsantrag der SVP-Fraktion legen sie nach, dass diese Ziele auch von den Abteilungen übernommen werden.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 17:9 Stimmen wird der Bemerkungsantrag nicht überwiesen.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Räto	Ja
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Hunziker Manuel	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Nyfeler Nicole	Nein
Portmann Michael	Nein

Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	NICHT ABGESTIMMT
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag Grüne/glp: Umwelt- und Sicherheitsdienste

Pascal Meyer möchte im Namen der Grüne/glp-Fraktion folgende Bemerkung ergänzen:

«Kriens arbeitet darauf hin, bis in das Jahr 2030 das Klimaziel «Netto0» zu erreichen. Der Stadtrat soll jeweils im Jahresbericht aufzeigen, welche klimapolitischen Massnahmen umgesetzt wurden, damit dieses Ziel erreicht werden kann.»

Pascal Meyer stellt fest, dass der Stadtrat eine aktive Rolle im Klimaschutz übernehmen möchte. Sie fragen sich, ob die aktive Rolle die richtige Rolle ist. Es benötigt nämlich eine Rolle, die auf den Klimawandel reagiert. Eine Rolle, welche erkennt und die Massnahmen vorwärtstreibt. Aus diesem Grund wurde der Bemerkungsantrag eingereicht. Es wissen alle, dass es ein reales Problem ist. Vorher hat man bereits über die Folgenbewältigung gesprochen. Man muss auch etwas dazu beitragen, dass es nicht soweit kommt.

Maurus Frey erläutert, dass der Stadtrat opponiert. Er opponiert im Sinne von, dass sich die Stadt Kriens den kantonalen, nationalen und internationalen Verpflichtungen orientiert. Dort sieht man kein Netto0 bis ins Jahr 2030 vor. Nichts desto trotz möchte der Stadtrat eine aktive Rolle spielen und die Verantwortung wahrnehmen. Einem Reporting steht nichts dagegen. Man kann erwarten, dass von nationaler bzw. von kantonaler Ebene eine gewisse Vorarbeit geleistet wird.

Abstimmung Bemerkungsantrag Grüne/glp

Mit 16:10 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Bemerkungsantrag nicht überwiesen

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Räto	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Enthaltung
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfelner Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja

Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Bemerkungsantrag SVP: 40 Verkehrs- und Infrastrukturdienste

Martin Zellweger möchte im Namen der SVP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Ziel 1 «Der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr werden weiter attraktiviert» sowie dazugehörige Massnahmen müssen so angepasst werden, dass sie nicht im Widerspruch zum GVKK stehen und nicht nur einzelne Verkehrsteilnehmer einseitig fördern (keine Benachteiligung des MIV). Ebenso sind die Massnahmen «Tempo-20 Zonen» zu entfernen.»

Gemäss Martin Zellweger definiert das GVKK in den Grundsätzen, dass eine notwendige Gesamtbetrachtung des Verkehrssystems voraussetzt, dass alle Verkehrsarten (MIV, ÖV, Fussverkehr, Veloverkehr), die Parkierung und das Mobilitätsverhalten betrachtet werden müssen. Eine einseitige Bevorzugung durch die Zielsetzung der laufenden Legislatur steht im Widerspruch zu dieser Aussage und kann nicht akzeptiert werden. Zudem sieht das GVKK keine Tempo-20 Zonen vor. Dies bereits als konkrete Massnahme aufzuführen greift einer fundierten Evaluation vor. In den Quartieren – wo sinnvoll – kann auf Tempo 30 gesetzt werden.

Laut Maurus Frey opponiert der Stadtrat. Der Stadtrat möchte keine einseitige Massnahme zu Gunsten eines Verkehrsträgers ausführen. Sämtliche Aktionen sind basierend auf dem GVKK. Das GVKK ist der Treiber, das Gesetz und auch der Richtungsgeber. Wenn man momentan die Situation und die Zielbilder anschaut, dann definiert es verschiedene Zielbilder. Bei der Erfüllung dieser Zielbilder ist man bei den verschiedenen Verkehrsträgern verschieden unterwegs. Bei den Verkehrsträger Langsamverkehr ist man einiges weiter hinten beim Erreichen dieser Zielbilder. Er versteht aus welchem Gedanken und welcher Motivation dieser Gedanken entsteht. Es sollten nichtdiskriminierende Massnahmen sein. Der Punkt der T20-Zone ist bereits Realität in dem Verkehrssystem. Auch wenn diese im 2018 nicht im GVKK vorgesehen waren. Beim Bahnhof Mattenhof war die Haltung klar, dass die Autofahrenden Leute abholen möchte und dann sind das die richtigen Massnahmen. Eine T20-Zone kann eine Begegnungszone sein, um die einzelnen Verkehrsteilnehmer gerecht zu werden. Der Stadtrat empfiehlt diese Option fallen zu lassen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 18:9 Stimmen wird der Bemerkungsantrag nicht überwiesen.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Räto	Ja
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Ja

Gomer-Beacco Bettina	Nein
Hunziker Manuel	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Nyfelner Nicole	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tschümperlin Erich	Nein
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag SVP: 45 Präsidialdienste

Martin Zellweger möchte im Namen der SVP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Ziel 1 soll in 2 separate Ziele unterteilt werden, welche auch separat zu messen und im Jahresbericht auszuweisen sind. Ziel A «Kriens verfolgt das Ziel einer... ..aktiv am städtischen Leben zu beteiligen.» Ziel B «Mit der «Chance Bypass» werden alle Mittel genutzt, um die Einhausung aktiv zu unterstützen.»

Martin Zellweger sagt, dass die jetzige Form schwer lesbar ist und beide Themen sind separate, (ge-)wichtige Ziele und sollen auch separat gemessen werden. Ebenso sind die Massnahmen völlig unabhängig. Eine Zusammenfügung macht keinen Sinn.

Christine Kaufmann-Wolf fügt an, dass der Stadtrat den Antrag entgegennimmt.

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Bemerkungsantrag SVP: 45 Präsidialdienste

Martin Zellweger möchte im Namen der SVP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Die Massnahme zum Ziel 2 «Schaffung Stelle CDO» soll ersatzlos gestrichen werden. Personelle Massnahmen und Verantwortlichkeiten sollen dann definiert werden, wenn die gemeinsame Basis und eine grundlegende Strategie oder mindestens Fahrtrichtung erarbeitet wurde.»

Laut Martin Zellweger versucht man mit dem Modebegriff CDO das Pferd am Schwanz aufzufäumen. Solange nicht definiert ist, auf welchen Grundlagen aufgebaut wird, welche ersten Schritte im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten angepackt werden und mit welchen Zusammenarbeitsformen gerechnet werden kann, ist es verfrüht über diese Rolle zu sprechen. Eine Massnahme kann durchaus sein, die Ressourcen

für die Umsetzung im Rahmen der finanziellen Prioritäten einzuplanen. Ob dies ein CDO, ein Informatikleiter, ein externer Berater, ein Studienauftrag etc. sein soll, dies lässt sich auf den heutigen Grundlagen kaum aussprechen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 14:10 Stimmen bei zwei Enthaltungen wird der Bemerkungsantrag nicht überwiesen.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Enthaltung
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Hunziker Manuel	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Enthaltung
Niederberger Raoul	Nein
Nyfelner Nicole	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tschümperlin Erich	NICHT ABGESTIMMT
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Bemerkungsantrag SVP: 55 Freizeitdienste

Martin Zellweger möchte im Namen der SVP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Massnahme 1 zu Ziel 2 «Entscheid Sanierung/Neubau Hallenbad» soll ersetzt werden durch «Finden von finanzierbaren Lösungen und Entscheid zur Möglichkeit der Weiterführung eines Hallenbadangebots».

Gemäss Martin Zellweger sind mit der aktuellen Finanzlage ein Neubau und möglicherweise sogar eine Sanierung reines Wunschdenken. Ein solcher Entscheid kann nur im Zusammenhang mit der finanziellen Betrachtung erarbeitet werden. Es geht also nicht um die Sanierung oder den Neubau, sondern um die Frage der Finanzierung und damit der grundsätzlichen Weiterführung eines entsprechenden Angebots.

Roger Erni erläutert, dass der Entscheid Sanierung/Neubau Hallenbad in den Jahren 2021 bis 2025 geplant ist. Bis im Winter 2021 möchte er die Zahlen auf dem Tisch haben, was es heisst, wenn man ca. 15 bis 20 Millionen Franken in einen Neubau oder in eine Sanierung investieren würde. Im Jahr 2022 wird diese Zahl entweder mit einer Machbarkeitsstudie hinterlegt, es geht an den Einwohnerrat oder das Hallenbad

wird geschlossen. Evtl. kommt irgendwann die Frage an den Einwohnerrat, ob man Schulschwimmen auf Horw, Emmen oder Luzern verlegen möchte. Dies wäre eine allfällige finanzielle Entscheidung.

Patrick Koch erwähnt, dass schwimmen und schwimmen lernen nicht unbedingt in einem Hallenbad stattfinden muss. Dies geht auch gut in einem Freibad oder im See. Hier müsste man ein wenig flexibel sein. Er möchte an den Stadtrat appellieren, dass man auch eine solche Lösung in Betracht zieht.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 18:9 Stimmen wird der Bemerkungsantrag nicht überwiesen.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Hunziker Manuel	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Nyfeler Nicole	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tschümperlin Erich	Nein
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Christine Kaufmann-Wolf möchte sich nochmals entschuldigen und ist froh, dass man es jetzt bereinigen konnte. Sie erwähnt noch einmal, dass sie am Anfang ein wenig unkonzentriert war.

Sarah Deschwanden liest den **Beschlussestext** vor:

1. Die Gemeindestrategie mit Legislaturprogramm 2020 – 24 und Massnahmenplan wird genehmigt.
2. Folgende Bemerkungen werden überwiesen:
 - Die Natur- und Naherholungsräume sowie die Land- und Forstwirtschaft werden gesichert und aufgewertet. Sie bieten Ruhe- und Erholungsmöglichkeiten.

- Die Leitlinie B1 des Legislaturprogramm 2020 – 2024 «die Natur- und Naherholungsräume werden gesichert und aufgewertet. Sie bieten Ruhe und Bewegungsmöglichkeiten.» reicht alleine nicht aus. Es braucht vermehrt integrierten Erholungsraum in den Quartieren.
- Ziel 1 soll in 2 separate Ziele unterteilt werden, welche auch separat zu messen und im Jahresbericht auszuweisen sind. Ziel A «Kriens verfolgt das Ziel einer... ..aktiv am städtischen Leben zu beteiligen.» Ziel B «Mit der «Chance Bypass» werden alle Mittel genutzt, um die Einhausung aktiv zu unterstützen.»

3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 043/21:

Der Beschlusstext wird mit 19:6 Stimmen bei zwei Enthaltungen genehmigt.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Ja
Portmann Michael	Enthaltung
Rösch Daniel	Enthaltung
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

7. Bericht und Antrag: Planungskredit Testplanung Kantonsstrasse K4 im Zentrum Kriens Nr. 045/21

Tomas Kobi begrüsst als Sachverständigen Jesús Turiño.

Gemäss Armin Lisibach ist die Kommission KBVU mit fünf Ja und zwei Nein Stimmen auf den B+A eingetreten. Die Kommission war in der Detailbesprechung sehr heterogen unterwegs und somit haben sie auch mehrere Bemerkungsanträge aus Sicht der Kommission behandelt. Anschliessend konnte man bei einem Antrag eine Mehrheit erreichen um diesen Bemerkungsantrag als Kommissions-Bemerkungsantrag entsprechend dem Einwohnerrat vorzulegen. Der B+A wirft mehrere Fragen auf. Während einige der Meinung sind, dass aktuell der richtige Moment ist, direkt mit den Verantwortlichen und Kanton in die Planung einzusteigen, um auch aktiv eine Rolle wahrzunehmen, wird auf der anderen Seite die ganze zeitliche Planung in Frage gestellt. Eine Testplanung sollte auch umsetzbare Potentiale aufzeigen. Aber demnächst sollen die Bauarbeiten im Ränggloch beginnen und anschliessend könnten die Modifikationen beim Bypass Fahrt aufnehmen. Die Stadt Kriens soll da bitte Testanalysen in der Testplanung mit repräsentativen Werten an den Tag legen und nicht eine potentielle Testphase während Ferien-Zeiten oder anderen Low-Times angehen. Wenn Tests und Analysen stattfinden, müssen bei voller Stressbelastung des Stadtzentrums angesetzt werden. Auch die zeitliche Komponente spielt bei anderen Kommissions-Mitgliedern eine Rolle, denn warum nicht zu warten? Heute wohl den Planungskredit frei geben, aber erst 2024 mit den Tätigkeiten beginnen, dies in Anbetracht der finanziellen Lage. Auch die fokussiert verengte Sicht mit Tempo 30 Adaption wird uneinig thematisiert. Auch die Fokussierung auf den begrenzten Perimeter und Einflussfaktoren wirft der KBVU Fragen auf. Sollen die Einflüsse der Transit-Achse Ränggloch-Obernauerstrasse, die Bautätigkeiten Ränggloch und Bypass, oder gar auch ein potenzieller Entlastungs-Tunnel nicht doch auch eine Rolle spielen? Die KBVU ist mehrheitlich der Meinung – Ja, das muss es. Deshalb auch der KBVU Kommissions-Bemerkungsantrag. Mehrheitlich, mit 5 zu 2 Stimmen goutiert die KBVU aber den B+A.

Peter Stofer erläutert, dass das heutige Erscheinungsbild dieser Hauptverkehrsachse K4 genügt, «insbesondere im Zentrum, städtebaulichen Ansprüchen» nicht mehr und zu den täglichen Spitzenstunden sind die Kapazitätsgrenzen erreicht. Es gibt vermutlich niemanden hier drinnen, der dieser Analyse des Stadtraumes widersprechen möchte. Das zeigt sich an diversen Vorstössen von Links bis Rechts, welche alle im gut strukturierten B+A aufgeführt sind. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Zeit für diese, seit langem diskutierte und budgetierte Testplanung, gemeinsam mit dem Kanton nun reif sei. In der Tat, während andere Zentren für ihre Verkehrsprobleme Lösungen umgesetzt haben, ist der Verkehr in Kriens in seinen Grundzügen noch genau wie in der Nachkriegszeit organisiert, obwohl sich die Bevölkerung seither fast verdreifacht hat. Das führt dazu, dass heute der motorisierte Verkehr den öffentlichen Raum im Zentrum dominiert sowohl auf den Hauptachsen wie auch auf den kleinräumigen Gemeindestrassen. Die Trennwirkung der Luzernerstrasse / Obernauerstrasse / Horwerstrasse ist markant. Querungen für den Fuss- und Veloverkehr sind nur sehr punktuell und oft verbunden mit langen Wartezeiten möglich. Zentrale und identitätsstiftende Begegnungsorte weitgehend fehlen, die Aufenthaltsqualität im Zentrum auf einem Tiefpunkt angelangt ist und in der Konsequenz das Leben und mit ihm das Gewerbe und die Geschäfte abwandern. Ein Teufelskreis. Kriens hat einen riesigen Nachholbedarf. Und das ist kein Zufall. Kriens kann nicht einfach eine Umfahrung bauen, dazu fehlt der Platz und auch der Durchgangsverkehr. Der Problemdruck ist hoch und die Mobilitätsnachfrage wird weiter zunehmen. Durch die anhaltende Bautätigkeit im oberen Stadtteil, Schützenheim, aber auch durch die Sanierung des Rängglochs. Das heisst, man müsste den Verkehr im Zentrum besser organisieren und zwar jetzt auf dem bestehenden Strassennetz. Er betont dies, weil einige nun erneut von einer Tunnellösung träumen. Im GVKK sind die zwei Tunnelvarianten untersucht worden, mit folgendem Fazit. 15 bis 30 Jahre Realisierungszeit. 150 bis 250 Millionen Franken hohe Kosten. Der Durchgangsverkehr beträgt lediglich 6 %, womit der Nutzen für die wenigen durchfahrenden Autofahrenden kaum zu rechtfertigen ist. Der Stadtrat macht nun mit der Testplanung einen neuen Anlauf um das Zentrum mit seinen vielfältigen Funktionen neu zu beleben. Die Grüne/glp-Fraktion unterstützt ihn dabei, wird auf den B+A eintreten, positiv zur Kenntnis nehmen und den Planungskredit über Fr. 300'000.00 genehmigen. Mit der Genehmigung des Planungskredites sind Erwartungen verbunden. Peter Stofer denkt, dass der B+A den angestrebten Zielzustand bereits sehr gut trifft. Die Testplanung muss aufzeigen, wie der Strassenraum organisiert sein muss, dass der Langsamverkehr möglichst ungehindert und unfallfrei den Strassenraum queren kann. Wie es gelingen kann, den Verkehr zu verstetigen, so dass bei gleichem Strassenraum mehr Fahrzeuge passieren können. Wie der MIV auf der Kantonsstrasse gebündelt werden kann. Was zu tun ist, dass die Aufenthaltsqualität des Zentrum wieder steigt und diese Geschäfte und das Gewerbe im Zentrum eine langfristige Perspektive erhalten. Die Testplanung umfasst mehr als nur den Betrieb

der Kantonsstrasse. Sie muss aufzeigen, wie das Krienser Zentrum seine Funktion als Aufenthalts-, Wirtschafts- und Lebensraum wieder besser wahrnehmen kann. Daher wird die Fraktion in der Detailberatung einen Bemerkungsantrag stellen, um den Planungssperimeter klar festzulegen.

Principiis obsta. Wehret den Anfängen! Vorausschicken möchte Patrick Koch, dass sich die SVP-Fraktion in Zusammenhang mit dem GVK mit jeder einzelnen angedachten Tempo 30-Zone intensiv auseinandergesetzt hat. Das heisst sie haben sich nicht von einer Ideologie leiten lassen, sondern nach gesundem Menschenverstand jede Massnahme separat betrachtet. Wo macht es Sinn und wo macht es keinen Sinn Tempo 30 einzuführen? Und eben dieser gesunde Menschenverstand vermisst die SVP-Fraktion beim Vorliegen Planungskredit «Testplanung» Kantonsstrasse». Für sie ist dies die grösste Schnapsidee, die der Stadtrat in den letzten Jahren ausgeheckt hat. Als die Lösung aller Lösungen haben die «Verkehrsexperten» Tempo 30 entdeckt. Der Erfindergeist ist wirklich grenzenlos, um bald flächendeckend Tempo 30 aufzu-zwängen. In diesem Planungskredit ist eine «Testplanung» für Tempo 30 auf der Kantonsstrasse vorgesehen. Doch bereits sehen sie sich mit Anträgen konfrontiert, diesen Perimeter mit Tempo 30 zum Beispiel auch auf die Schachenstrasse auszudehnen. Der Fokus darf somit nicht nur auf den Zentrumsabschnitt der Hauptachse Luzernerstrasse gerichtet werden. Eine verkehrstechnische Gesamtschau drängt sich auf. Tempo 30 bringt, neben ein paar wenige Vorteilen, auch Nachteile mit sich. Diese werden oft übersehen oder ignoriert. Der Stadtrat schreibt, dass die K4 die Hauptverkehrsachse der Stadt Kriens sei und das heutige Erscheinungsbild sei primär verkehrsorientiert und genüge insbesondere im Zentrum städtebaulichen Ansprüchen nicht. Es liegt doch in der Sache der Natur, dass eine Kantonsstrasse verkehrsorientiert ist. Sie dienen der Verbindung von Kantonsteilen untereinander. Ausserdem haben sie eine wichtige Funktion für den öffentlichen Verkehr. Leistungsfähige Strassen sind die Grundvoraussetzung für eine gute Fahrplanstabilität. Dies hat der Regierungsrat des Kantons Aargau kürzlich auf Vorstösse im Kantonsparlament geantwortet. Auch in anderen Kantonen sorgen Tempo-30-Zonen für Diskussionen. In der Stadt Zürich gilt auf rund der Hälfte aller Strassenkilometer mittlerweile Tempo 30. Das macht dem Zürcher Verkehrsverbund ZVV Sorgen, wie er auf seiner Internetseite schreibt. Die Auswirkungen von Temporeduktionen auf den öffentlichen Verkehr seien beträchtlich, Fahrzeiten und Reiseketten verlängern sich. Weiter schreibt der Regierungsrat des Kantons Aargau, dass eine Temporeduktion auf 30 km/h auf einer verkehrsorientierten Kantonsstrasse die Gefahr berge, dass sich der Verkehr wieder auf die Quartierstrassen zurückverlagere und sich damit die Lärmbelastung in den Wohnquartieren erhöhe. Verkehr sucht sich nun einmal, wie elektrischer Strom, stets den Weg des geringsten Widerstands. Generell habe man festgestellt, dass reine Geschwindigkeitsreduktionen selten zweck- und verhältnismässig seien. Der Kanton setze deshalb vor allem auf eine Lösung mit lärm mindernden Strassenbelägen. Verschiedene Studien belegen denn auch, dass der Lärm nicht reduziert wird, wenn Automobilisten in einem tieferen Gang fahren. In verschiedenen Aargauer Städten werden erfolgreich bei Sanierungsprojekten lärmarme Beläge eingebaut. Diese Strassenbeläge sind heute viel dauerhafter. Durch diese Massnahme könnte auch die Aufenthaltsqualität auf den Flaniermeilen entlang der Luzernerstrasse weiter gesteigert werden. In der Antwort auf eine Anfrage von der Grüne/glp-Fraktion im Kantonsrat schreibt der Luzerner Regierungsrat, dass es inskünftig möglich sein soll Flüsterbeläge einzubauen. Denn damit liessen sich die Emissionen signifikant und unmittelbar an der Quelle reduzieren. Wie recht er hat. Schlussendlich besteht die Aufgabe einer Kantonsstrasse darin, den Verkehr zügig von A nach B zu bringen. In den Stosszeiten kommt man vielerorts, beispielsweise auf der Luzernerstrasse durch Kriens, gar nicht schneller als mit 25 oder 30 km/h voran. Auch auf der Autobahn gibt es Zeiten, in denen man nur mit Tempo 80 fahren kann. Es kommt aber trotzdem niemandem in den Sinn, deshalb gleich Tempo 80 einzuführen. Viele fahren also weniger als Tempo 50 und wirkliche Tempoexzesse erlebt man kaum je. Das Problem von Kriens ist ein anderes, die Verkehrsmenge. Und dagegen hilft Tempo 30 nicht. Auch wenn immer wieder etwas anderes behauptet wird, ist es so, dass tiefere Tempi die Verkehrskapazität senken. Sowohl der theoretische maximale Fahrzeugdurchsatz als auch die individuelle Leistungsfähigkeit sind also bei der Tempo-50-Strecke wesentlich grösser. Insbesondere dann, wenn Rechtsvortritt gilt und z.B. Einfahrten wie jene von der Gemeindehausstrasse vortrittsberechtigt sind. Längere Stand- und Wartezeiten an Einmündungen bedeuten auch mehr unnötiger Schadstoffausstoss. Tempo 30 bei konstanter Geschwindigkeit bedeutet nach einer Untersuchung der Zeitschrift «Auto Motor Sport» mehr Verbrauch und vor allem viel mehr Ausstoss von Stickoxiden. Auch das spricht gegen Tempo 30. Besonders gerne werden von Tempo-30-Romantikern die Vorzüge bezüglich der Sicherheit bei Tempo

30 herausgestrichen. Steigt die Sicherheit für die Fussgänger, wenn Querungshilfen wie Ampel oder Zebra-streifen fehlen? Es ist absolut nicht klar, ob die Ampeln und Fussgängerstreifen auf der Luzernerstrasse bestehen bleiben dürften. Radfahrer können bei 50 km/h zügig überholt werden. Bei 30 km/h ist die Differenzgeschwindigkeit so gering, dass der Überholvorgang sehr lange dauert. Oder werden die Autos gar von Velos mit gelben Nummernschildern rechts überholt? Im vorliegenden B+A streicht der Stadtrat die Vorzüge von Tempo 30 für das Gewerbe heraus. Wahrscheinlich meint er damit, dass die Autofahrer im Stau steckend mehr Zeit für die Bewunderung der Schaufenster haben. Unnötige Zeitverluste treffen auch Gewerbebetreibende wie u.a. Handwerker, Lieferanten und Bus- und Taxifahrer. Her bedeutet jeder Zeit-auch einen Geldverlust, der an Sie, den Endkunden weitergeleitet wird. Es gäbe generell eine Mehrheit für Tempo 30, wird gerne behauptet. Dies mag wohl für angedachte Tempo-30 Zonen in Wohnquartieren gel-ten, jedoch nicht auf einer Hauptverkehrsachse. Müssen erst Menschen tödlich verunglücken, damit man merkt, dass Tempo 30 zu höheren Alarmierungszeiten bei der Feuerwehr führt? Oder damit man merkt, dass dies auch Rettungskräfte wie Krankenwagen und Polizei ausbremst – trotz Sonderrechten? In der letzten Fragestunde hat eine Kollegin Fragen zur Motelstrasse gestellt. Diese Einbahnstrasse ist von einem breiten abgetrennten Fahrrad- und Gehweg begleitet. Haben Sie gewusst, dass auf dieser Tempo-50-Strasse ab 22.00 Uhr ein Nachtfahrverbot für sämtliche Motorfahrzeuge und ein generelles Lastwagenver-bot gilt. Dies war der Kompromiss, um auf dieser Strecke Tempo 50 zu belassen. Ein Lastwagen- sowie ein Nachtfahrverbot sind auf der Luzernerstrasse natürlich nicht möglich. Aber vielleicht könnte ja zur Nachtzeit ein anderes Tempo gelten, um den Lärmpegel zu senken. Allerdings staunt er dann schon sehr, dass sich die IG attraktives Kriens noch nie über die Kirchenglocken der Galluskirche beschwert hat, die 24 Stunden am Tag auf sich aufmerksam machen. Doch was ist Lärm? Ist das morgendliche Vogelgezwitscher nun Lärm oder Musik? Wenn er einen Ford Mustang vorbeirauschen hört, so kommt er schon fast in Ekstase, während ein Linksautonomer am liebsten Backsteine hinten nachwerfen würde. Jeder Mensch reagiert an-ders auf Lärm. Laut einer Analyse sind im Kanton Luzern Strassen auf einer Länge von rund 370 Kilome-tern übermässig mit Lärm belastet. Davon wurden in den letzten Jahren rund 300 Kilometer (Stand Ende März 2018) durch den Kanton oder die Gemeinden saniert – mit Lärmschutzwänden entlang der Strassen oder mit Schallschutzfenstern in angrenzenden Gebäuden. Will eine Gemeinde Tempo 30 einführen, so kann sie dies via Gesuch beantragen. Die Voraussetzungen müssen laut dem Kanton aber aus «lärmtech-nischen, gestalterischen und raumplanerischen Gründen im Einzelfall gegeben sein. Es kann ja nicht sein, dass jetzt nur aus finanziellen Gründen und allen Widrigkeiten zum Trotz Tempo 30 durchgestiert wird. Der Kanton soll auch in Kriens seinen Beitrag leisten. Die Agglomerationsgemeinde Rothenburg führte vom Ap-ril 2014 bis April 2015 im Dorfzentrum ein Pilotprojekt mit Tempo 30 durch. Dem Schlussbericht des Kan-tons vom 23. März 2016 entnimmt er, dass das Projekt nicht weiterverfolgt wird. Im Ergebnis vermag der Pilotversuch keinen überwiegenden Nutzen zugunsten einer Tempo-30-Zone durch Rothenburg aufzuzei-gen, weshalb das Projekt nicht weiterverfolgt wird. Der vorliegende B+A ist schlicht und einfach ein politi-scher Schnellschuss. In der Ausgangslage steht z.B. geschrieben, dass sich die Situation mit dem erwarteten höheren Verkehrsaufkommen – auch gestützt durch die Sanierung des Rengglochs – künftig verschlimmern wird. Mit der Sanierung des Rengglochs ist auch eine Pfortnerung des Verkehrs im Obernau geplant. Der Kanton kam in der Botschaft an den Kantonsrat vermutlich gerade auch deswegen zu einem total anderen Schluss. Die LSVA besteht bereits am heutigen Tag. Es gibt keine stichhaltigen Argumente, warum der Verkehr nach der Rengglochsanierung zunehmen sollte. Die SVP-Fraktion bittet den Stadtrat nicht Aussagen zu machen die völlig aus der Luft gegriffen sind. Selbstverständlich nehmen sie auch diese Ängste ernst. Aus diesen Gründen ist es deshalb sinnvoll, mit der Testplanung zu zuwarten bis die Sanie-rung des Rengglochs abgeschlossen ist. Erst dann kann man die genauen Folgen für das Stadtzentrum abschätzen. Deshalb stellen sie einen Antrag im Beschlussetext, wonach die Testplanung frühestens 2024 vollzogen werden soll. Enttäuschend nehmen sie zur Kenntnis, dass auch der neue Stadtrat mutlos agiert, wenn es um innovative Ideen für eine Entlastung des Dorfkernes geht. Da der meiste Verkehr haus-gemacht ist, macht eine weitläufige Umfahrungsstrasse wenig Sinn. Wichtig scheint ihnen eine Entlastung des Dorfzentrums. Eine Untertunnelung auf ca. 300 Meter kann für die Attraktivität des Stadtzentrums ein Meilenstein sein. Schaut man etwas über den Tellerrand nach Ebikon. Dort sind entsprechende Ideen schon weit gereift. Ein kurzer Tunnel im Tagbau erstellt, ist grundsätzlich finanzierbar. Nach Fertigstellung dieser Untertunnelung ist die SVP-Fraktion dann sogar für eine Begegnungszone auf dem Dorfkern zu ha-ben. Wie eingangs erwähnt, drängt sich eine verkehrstechnische Gesamtschau auf. Die Luzernerstrasse

darf nicht nur isoliert betrachtet werden. Die Schachen-/ Amlehnstrasse übernimmt die Funktion einer wichtigen Entlastungsstrasse für die Hauptverkehrsschlagader. Normalerweise müssen teure Studien in Auftrag gegeben werden, wenn die Bedeutung einer Strasse in Bezug auf den Gesamtverkehr eruiert werden soll. Bei der Schachen-/ Amlehnstrasse ist dies nicht nötig. Am 20. Januar 2014 ereignete sich um 15.00 Uhr ein Tötungsdelikt an der Schachenstrasse. Die Strasse war danach Stunden gesperrt. Der Verkehr brach in Luzern-Süd grossräumig zusammen. Mit Tempo 30 auf der Kantonsstrasse im Dorfzentrum nimmt der maximale Durchfluss auf der Luzernerstrasse weiterhin ab. Kombiniert mit Tempo 30 auf der Schachen-/ Amlehnstrasse ist das Verkehrschaos perfekt. Dann wird auf beiden Strassen weniger Verkehr bewältigt werden können. Der Verkehr kann im Kupferhammer in Richtung Kriens nicht gefördern werden. Sonst verstopfen die Autos die ganzen Autobahn Zu- und Abfahrten. Der ÖV könnte den Fahrplan nicht mehr einhalten. Tempo 30 auf der Schachen-/ Amlehnstrasse ist eine Verschlimmbesserung der Situation in Bezug auf die Sicherheit. Teuer sanierte Lichtsignalanlagen müssten weichen, Fussgängerstreifen verschwinden. Auf der ganzen Strasse gilt Rechtsvortritt für die Quartierstrassen. Dies führt zu grossen Unsicherheiten bei den Verkehrsteilnehmern. Das Volk hat sich in der Abstimmung vor wenigen Jahren klar für den bestehenden Kompromiss mit Tempo 40 ausgesprochen. Die Strasse verfügt beidseits über Velostreifen. Die Polizei soll vermehrt Kontrollen machen und fehlbare Verkehrsteilnehmer büssen. Dabei wird man auch feststellen, dass die E-Bike-Fahrer ein nicht unwesentlicher Gefahrenherd sind. Mit Tempo 30 werden die Verkehrsprobleme der Stadt Kriens nicht nachhaltig gelöst. Lieber versucht die Stadt damit den MIV zu reduzieren. Der MIV wird mit diesen Massnahmen im Dorfzentrum zu stark bedrängt und klar benachteiligt. Miteinander und nicht Gegeneinander lautete das Kredo der SVP-Fraktion. Das Ausspielen der einzelnen Verkehrsteilnehmer gegeneinander bringt Kriens nicht weiter. Es braucht alle Verkehrsteilnehmer. Die SVP-Fraktion hat in den letzten Jahren die Führungsrolle in der Krienser Verkehrspolitik übernommen. Sie hat dabei sämtliche Volksbefragungen zu ihren Gunsten entschieden (Parkplatzreglement, Strassenprojekt Schachen-/Amlehnstrasse, Initiative «1-Fränklerbarriere gegen die Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes» usw). Neustes Beispiel, der Volksentscheid am 12. Februar 2017 über das Parkplatzreglement. Das wuchtige Nein an der Urne hätte den Stadtrat wecken müssen und ein Umdenken in der Verkehrspolitik zu veranlassen. Ein Planungskredit von Fr. 300'000.00 für teure Planungsspielerien kann sich das mit über Fr. 200'000'000.00 verschuldete Kriens nicht leisten. Es ist erschreckend wie diese Stadt trotz der miserablen Finanzlage verschwenderisch mit Steuergeldern umgeht. Das Volk wurde beim GVK nicht angefragt. Das Volk wurde einfach ausgeschaltet. Dies holen sie jetzt nach. Sie werden das Referendum gegen diesen Planungskredit ergreifen und den 1. Streich dieses GVK mit allen Mitteln bekämpfen. Dem Volk muss klarer Wein eingeschenkt werden. Ihr Sammelziel ist 1'500 Unterschriften. Auch sind sie gespannt wie die Basis der FDP und das Krienser Gewerbe zu diesem Planungskredit stehen. Principiis obsta.

Armin Lisibach stellt fest, dass die FDP-Fraktion grossmehrheitlich, aber kritisch für den B+A ist. Sie werden die Planung mit Argus-Augen beobachten und sind gespannt, ob und vor allem aber auch welche Ziele verfolgt werden. Kriens ist nicht nur das Zentrum und wie schon in den vergangenen Einwohnerratssitzungen haben sie auf die Transitachse ab Renggloch aufmerksam gemacht. Kriens hat kein Verkehrsproblem, sondern ein Problem durch den Transit. Aber so wie man es aus dem Kantonsrat mitbekommen hat, ist der Aus- und Umbau vom Renggloch eine Entlastung für Kriens. Diese Aussage, gegenüber der Aussage aus Seite 3, Kapitel 1 Absatz 1 macht ihn stutzig. Spricht man hier vom selben Handlungsfeld? Wer hat nun sich richtig ausgelegt? Gespannt schauen sie auch auf eine potenzielle Testphase, wird diese während den Bautätigkeiten am Renggloch oder Bypass, oder gar während Ferienzeiten gemacht, sind diese schlichtweg nicht aussagekräftig. Kriens muss in einer Testphase sich im Stressmoment befinden. Auf Seite 5, Kapitel 3 «Zu klären gilt es unter anderem:» fehlt ihnen der Einbezug eines potenziellen Express-Buses auf der 1er Strecke. Der Einbezug des Aus- und Umbaus des Ranggloch, somit auch der Rückstau auf der Transitachse Obernauer-Rengglochstrasse.

Gemäss Viktor Bienz ist die CVP/JCVP-Fraktion grundsätzlich dem B+A positiv eingestellt und froh, wenn es endlich vorwärtsgeht. Sie sind auch der Meinung, dass man das Verkehrsproblem ganzheitlich über Kriens im Auge behalten muss. Nur punktuelle Massnahmen bringen meistens langfristig

keine Verbesserung. Sie können aber durchaus ein Stein im ganzen Mosaik sein oder werden. Das zeigt aber auch auf die Schwierigkeit der Planung, es handelt sich hier über das K4 Projekt im Zentrum von Kriens. Es ist nur ein Stein des Mosaiks. Viktor Bienz ist der Meinung man muss das Verkehrsproblem von Kriens, mit dem zunehmenden Durchgangsverkehr Überparteilich angehen und beim Kanton und Bund überzeugend auftreten. Das Beispiel Bypass hat es aufgezeigt. An der Fraktionssitzung war die Fraktion der Meinung, dass sie die Testplanung unterstützen. Fragten sich, aber wann soll sie beginnen, sicher nicht während dem Rengglochumbau, wie lange wird sie gehen und wann darf man mit dem Abschlussbericht rechnen. Wenn man schon Fr. 300'000.00 spricht, möchte man doch wenigstens wissen, wie lange geht es und wann ist das Projekt beendet.

Raphael Spörri erläutert, dass die SP-Fraktion erfreut ist, dass es endlich einen Schritt vorwärtsgeht. Ja, es ist ein Schritt nach vorne. Denn die Stadt Kriens ist im Zentrum, wie auch an anderen Orten, verkehrstechnisch gefordert. Man kann es drehen und wenden, wie man will. Die einen fordern den Stau weg, die anderen mehr Ruhe und Sicherheit. Die Wege dazu sind aber leider nicht immer gleich. 2018 hat die Verkehrskommission das Gesamtverkehrskonzept verabschiedet und nur wenige Monate später hat der Rat diesem zugestimmt. In weiteren Debatten wurde vor einer Einführung zu einer Tempo 30 Zone ein Testbetrieb mit grossflächigem Einbezug und Erwägung von Nebenmassnahmen gefordert. Nun liegt ein Kredit vor, der seines Erachtens genau diese Forderungen aufnimmt. Macht man also hier und jetzt ebenfalls diesen Schritt nach vorne und bewilligt diesen Kredit. Es ist nach seinem Wissensstand auch klar, dass der Stadtrat, wie von der Grüne/glp-Fraktion gefordert, die Testplanung ausweiten und grossflächige Betrachtungsweise anwenden muss. Genauso wie die bürgerliche Seite dies auch schon gefordert hat und er zu Beginn in seinem Votum vorgetragen hat. Auch die Forderungen der KBVU erachtet er als nötig. Es kann auch noch einmal geprüft werden, ob ein Tunnel Sinn macht. Dieses Anliegen wurde aber schon mehrfach im Rat diskutiert und von der Mehrheit jeweils zurückgewiesen. Es gibt nie den idealen Zeitpunkt. Irgendetwas kommt immer dazwischen. Darum werden wir den Antrag von Rätö Camenisch ablehnen und vermuten nur taktisches Geschick um die Idee «Tempo 30 im Zentrum» zu verhindern. Die SP-Fraktion stimmt dem Planungsbericht zu, weil der Kanton dann mit Kriens die Verkehrssituation im Zentrum der Stadt Kriens verbindlich lösen muss. Man sich damit gegen den Transit- und Schwerverkehr wehrt, weil man nicht als Umfahrung missbraucht werden möchte. Man als Vorbild gegenüber dem Kanton wirken möchte und parteiübergreifend gegen eine Verkehrsüberlastung kämpfen kann. Und der Kanton die Lärmsituation im Zentrum der Stadt Kriens nicht ohne die Stadt Kriens lösen kann, da ihm ein Bundesgerichtsentscheid zu den Lärmsanierungen droht.

Rätö Camenisch stellt fest, dass die grünen Rezepte manchmal ein wenig komisch sind. Vorgestern wurde dem Kantonsrat eine abgeordnete Sitzung bezüglich Wertschöpfung vom Flughafen Emmen vorgeschlagen. Der Kantonsrat könnte diesen zu einem Bade- und Sport See fluten und was nicht geflutet werden kann, könnte man in ein Ponyreitgelände umwandeln. Man muss sehen, dass ein Problem besteht. Kriens ist nicht wie Köniz ein 3-Achsendorf mit einer Bahnverbindung. Kriens ist ein Ein-Achsendorf ohne Bahnverbindung und zwischen zwei Bergflanken eingekesselt. Kriens ist zwar auch fast pleite, aber dennoch ist es nicht vergleichbar. Für Kriens hat ihn dies niemals überzeugt. Es gibt noch weitere Ein-Achsenorte in der Schweiz. Diese mussten teilweise zu grösseren Lösungen greifen. Lungern, Giswil und Locarno sind einige Beispiele. Diese haben mehr oder weniger Ruhe. Natürlich sind dies riesige Projekte im Rahmen des Nationalstrassenbaus. Die Denkweise, dass man der grosse Verkehr abfiltern muss, ist im Prinzip die gleiche. Aus Sicht der SVP-Fraktion kommt diese Vorlage zur falschen Zeit und am falschen Ort. Das Volk hat bei allen Verkehrsabstimmungen in den letzten Jahren die Linie der SVP gestützt. Das Volk möchte keine solche Experimente. Das Volk weiss ganz genau, dass man in einem Ein-Achsendorf das Zentrum und die schmalste Stelle mit Tempo 30 verhindern, dann ist endgültig Schluss. Wenn an beiden Enden der Stadt noch weitere Verkehrsanschlüsse geschaffen werden, ist es endgültig fertig und auch die Lebensqualität kaputt. Natürlich ist es nur ein Test, welcher Fr. 600'000.00 kostet. Das Geld vom Kanton gehört schliesslich auch dazu. Es ist der Anfang und der erste Schritt in die falsche Richtung. Das ist der erste Schritt in eine Politik, welche irgendwann aufgehoben werden muss, weil es nicht mehr geht. Aus diesem

Grund wird die Fraktion dies bekämpfen, haben jedoch einen Kompromissvorschlag im Beschlusstext formuliert.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass das Wort «Tunnel» gefallen ist. Zum Beispiel in Lungern hat man für hunderte von Millionen Tunnel gebaut, jedoch hat dies nicht Lungern bezahlt. Dies hat der Bund bezahlt. Er weiss nicht von was der Einwohnerrat träumt, denn Kriens kann sich kein solchen Tunnel leisten. Auch der Kanton wird diese Kosten nicht übernehmen. Betreffend der Schachen-/ Amlehnstrasse, war er bei der Abstimmung dabei. Es ging um einen Vorstoss, mit welchem man die Planung in die Hand nehmen sollte. Die Planung wurde jedoch versenkt. Nach 5 oder 10 Jahren darf man gewisse Sachen wieder anschauen und auch dem Volk vorlegen.

Enrico Ercolani hat den Vorstoss gemacht, damit man den Versuch mit Tempo 30 starten könnte. Er ist überzeugt, dass sogar die SVP-Fraktion hell begeistert wäre vom Resultat. Wenn er an der Ampel beim Stadthaus steht, wartet man ca. 2 bis 3 Minuten. Bei Tempo 30 kann man als Fussgänger 24 Stunden am Tag und zu jeder Zeit problemlos die Strasse überqueren. Wenn man mit dem Auto vor der Ampel steht, ist dies auch für die Umwelt etwas Unmögliches. Der Versuch sollte gemacht werden. Ihm soll die Chance gegeben werden, als bald 80-Jähriger, die Strasse überqueren zu können.

Michael Portmann erläutert, dass Saas ein besonders gutes Beispiel ist. Das Dorf hat ca. 15'000 reguläre Einwohner und im Winter sind es jeweils mehr als 30'000 Personen. Kein Wunder, dass Saas ein Transitdorf ist. Auch ist es ein Ein-Achsendorf. Wenn man es mit Kriens vergleicht, muss man irgendwo die Relationen wahren. Als er vor ca. 30 Jahren das erste Mal über das Renggloch gefahren ist, hatte es praktisch kein Verkehr. Wenn man dies heute anschaut, macht es absolut keinen Spass mehr. Wenn man sich die Verkehrssituation vom Kanton anschaut, dann sieht man, dass der Verkehr aus dem Entlebuch über den Seetalplatz direkt in die Stadt Luzern fliesst. Der Transitverkehr geht über den Seetalplatz.

Patrick Koch möchte klarstellen, dass eine Testplanung nicht ein Testversuch ist. Zudem spricht man von Tempo 30 und nicht von Tempo 20. Die Schulkinder werden dressiert – «luege, lose, laufe». Zurzeit werden die Schüler in ganz Kriens verteilt, daher wären auch Ampeln eine Hilfe. Man muss sich fragen, ob Tempo 30 wirklich die richtige Variation ist. Bei der Abstimmung der Schachen-/ Amlehnstrasse konnte man den Leuten ganz klar aufzeigen, welche Auswirkungen es auf die Hauptstrasse hat.

Raoul Niederberger merkt an, dass Patrick Koch es richtig gesagt hat, denn es geht um eine Testplanung. Die Dörfer können nicht miteinander verglichen werden. Bei der Initiative konnte man bereits sagen, welche Auswirkungen es hat. Jedoch sind dies alles nur Spekulationen. Mit dieser Testplanung würde man endlich Fakten schaffen und könnte anschliessend im Rat darüber diskutieren. Zudem träumt man mit dieser Testplanung nicht das Blaue vom Himmel. Man muss zuerst an den Punkt gelangen, über diese Fakten diskutieren zu können.

Christine Kaufmann-Wolf erläutert, dass der Kanton, als Planungspartner, einen wichtigen Beitrag leistet. Jetzt können die Probleme angepackt werden. Ziele dieser Planung sind, die städtebaulichen und verkehrlichen Fragen vertieft untersuchen und die Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung zu definieren. Der Kanton und die Stadt Kriens möchten gemeinsam diese Testplanung durchführen. Die Testplanung sollte in Begleitung eines Fachgremiums erfolgen. Bei einer Testplanung werden die unterschiedlichen Interessen der Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Es soll eine qualitative Gesamtlösung gefunden werden, damit man die verschiedenen Rahmenbedingungen von Verkehr und Raum optimal zusammenführen kann. Eine Testplanung soll dazu dienen, Lösungsansätze für die komplexe Aufgabenstellung aufzuzeigen und Lernprozess von allen Beteiligten in Gang setzen, gemeinsame Strategien im Dialog

zu entwickeln. Dabei stehen vor allem zwei Fragen im Vordergrund. Die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des ÖVs. Eine genügende Leistungsfähigkeit vom Gesamtverkehrssystem. Eine Verbesserung der Fussgänger- und Veloverkehr mit einer behindertengerechten Gestaltung. Bei der städtebaulichen Frage kommen noch weitere Punkte hinzu. Zu behandeln sind auch die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum mit Berücksichtigung von der Zentrums-Achse. Die gestalterische Aufwertung der Platzbereiche. Unter Berücksichtigung und Entwicklung von zukünftigen Überbauungen von angrenzenden Räumen. Für den Kanton Luzern ist es aus Sicht der Raumentwicklung von grosser Bedeutung. Der Kanton leistet einen wichtigen Beitrag. Kriens hat jetzt die Chance, Probleme, welche man sich seit Jahren bewusst ist, anzugehen. Einerseits mit dem Verkehr und andererseits mit der Stadtentwicklung. Mit einer solchen Testplanung hat man nun die Chance dies anzugehen und zu entwickeln. Der Kanton ist vor allem für die Strasse zuständig und die Stadt Kriens kann sich anhängen, damit auch der Raum noch angeschaut werden kann. Mit dem Betrag von Fr. 300'000.00 ist in der aktuellen Situation nicht ideal. Durch den budgetlosen Zustand hat sich alles ein wenig verzögert. Man hat natürlich noch die Petition der IG und auch vom Gewerbeverband eine Initiative. Man sieht nachher die Chancen und auch die Risiken. Der Rat hat nun die Entscheidung, welche Reise angetreten wird.

Viktor Bienz möchte etwas über den zeitlichen Ablauf hören.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass das Renggloch ein wichtiger Hinweis ist. Mit dem budgetloseren Zustand hat es diverse Verschiebungen gegeben. Aus diesem Grund fragt sie an, ob der Abteilungsleiter, Jesús Turiño, etwas dazu sagen kann.

Jesús Turiño erläutert, dass man mit dem Kanton eine Vereinbarung erarbeitet hat. Der Lead ist beim rawi und man ist so verblieben, dass nur noch unterschrieben werden muss und anschliessend kann die Gruppe erstellt werden. Wenn man loslegt, hat man in 1 1/2 Jahren eine Grundlage für den Masterplan.

Abstimmung Eintreten Bericht und Antrag Nr. 045/2021

Mit 20:6 Stimmen wird auf den Bericht und Antrag eingetreten.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfelner Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja

Stofer Peter	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Nein
Vonesch Andreas	NICHT ABGESTIMMT
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Detailberatung

Seite 1, Begriff «Testplanung»

Patrick Koch merkt an, dass der Begriff «Testplanung» eine Mogelpackung ist und die Türöffnung für eine Stimmrechtsbeschwerde.

Maurus Frey stellt fest, dass der Begriff missverstanden werden kann. Es ist jedoch ein definierter Begriff nach SIA. Es wird klar umschrieben was eine Testplanung ist. Man darf es nicht mit einem Testdurchgang verwechseln. Eine Testplanung schliesst jedoch einen Testlauf nicht aus. Es ist nicht irreführend und sehr präzise.

Bemerkungsantrag Grüne/glp: Seite 4 – Einbezug Fokusfeld C GVKK

Peter Stofer möchte im Namen der Grüne/glp-Fraktion folgende Bemerkung ergänzen:

«Der Stadtrat wird angehalten, die Gallusstrasse, Teile der Schachen- und der Horwerstrasse gemäss dem Fokusfeld C Zentrum, des Gesamtverkehrskonzept Kriens (GVKK) nach untenstehender Skizze in den Planungssperimeter der Testplanung einzubeziehen.»

Peter Stofer erläutert, dass dieses Projekt in guten Händen ist. Es ist jedoch so, dass die Stadt Kriens nur einen Teil der Planung ist. Der Kanton bezahlt 50 %. Es ist wichtig dem Stadtrat den Rücken zu stärken mit diesem Bemerkungsantrag. Wenn man diesem Papier eine Kritik anbringen kann, dann ist es die Systemgrenze bzw. der Perimeter, welcher nicht klar definiert ist. Es ist im Interesse einer sauberen und korrekten Planung. Das nicht nur der Kantonsstrassenraum anschaut, sondern das ganze Zentrum und darüber hinaus.

Patrick Koch merkt an, dass es einmal ein Tötungsdelikt gab mit einem Feuerwehreinsatz. Die Schachen-/Amlehnstrasse wurde gesperrt und auf der Luzernerstrasse ist nichts mehr gegangen. Es war ein Test, welcher unfreiwillige gemacht wurde. Es gibt wirklich das absolute Chaos.

Raphael Spörri findet es zwingend nötig, dass der Perimeter vergrössert wird. Es sollte auch angeschaut werden, welche Auswirkungen es auf die Quartierstrassen hat. Die ist der Sinn einer Testplanung, zu schauen was es grossräumig für Auswirkungen hat.

Maurus Frey möchte erwähnen, dass der Projektperimeter im Plan mit der braunen Fläche eingezeichnet ist. Selbstverständlich wird ein System analysiert und deshalb wird dies auch berücksichtigt. Der Stadtplatz, der Dorfplatz und die Busschleife, welche ebenfalls Bestandteil sein sollten. Es ist jedoch zu sagen, dass es sich bei dieser Testplanung um die Befassung der Kantonsstrasse K4 handelt.

Martin Zellweger fragt, ob der Perimeter, wie er jetzt besteht, miteinbezogen wird oder nicht.

Maurus Frey sagt, dass die Gemeindestrassen soweit erforderlich berücksichtigt. Es wird eine Abschätzung gemacht. Wenn man etwas an der Hauptschlagader macht, hat dies Auswirkungen bis in die Fingerspitzen.

Enrico Ercolani stellt fest, dass wenn man eine Testplanung machen möchte auch etwas getestet wird. Zudem war die Sanierung des Rengglochs Thema. Wie soll getestet werden, wenn allenfalls das Renggloch geschlossen ist. Welche Zahlen werden benützt?

Jesús Turiño sagt, dass dies evidenzbasiert gemacht wird. Das heisst man nimmt nur Zahlen, welche fix sind und nicht geschätzte Zahlen.

Armin Lisibach fragt, mit welchen Werten nach dem Umbau gerechnet werden.

Maurus Frey merkt an, dass es verschiedene Antworten auf diese Frage gibt. Massgebend ist die Aussage vom Kanton. Seine Aussage bleibt die Gleiche wie sie auch im B+A erläutert wurde. Der Kanton ist der Meinung, dass mit keiner Mehrbelastung gerechnet wird. Man ist in Diskussion und man hat bereits ein frankierendes Monitoring verlangt. Die Zahlen basieren auf eine Verkehrssimulation, welche das letzte Mal im Oktober 2020 durchgeführt hat.

Räto Camenisch erläutert, dass Fr. 300'000.00 sehr viel Geld für die Stadt Kriens ist. Es wäre schön, wenn man das Budget ein wenig entlasten möchte. Für eine Planung, welche genau in die Phase der Sanierung Renggloch fällt, ist es schwierig zu sagen wie das Resultat ausfällt. Für den Kanton sind die Fr. 300'000.00 wenig. Er ist der Meinung, dass es jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für eine solche Geschichte ist.

Abstimmung Bemerkungsantrag Grüne/glp

Mit 15:11 Stimmen wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Nein
Camenisch Räto	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfelner Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Schwarz Erwin	Nein

Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Bemerkungsantrag KBVU: Weitere Klärungspunkte

Armin Lisibach möchte im Namen der KBVU folgende Bemerkung ergänzen:

«Der Stadtrat wird angehalten, dass bei den zu klärenden Themen auf Seite 5, Kapitel 3.2
«Zu klären gilt es unter anderem:...» auch folgende Punkte in die Planung einfließen müssen.»

- Potenzieller Express-Bus auf der 1er Linie
- Auswirkungen durch den Umbau Ränggloch
- Rückstau durch die Transit-Achse «Oberbauerstrasse»
- Auswirkung und Potential eines Entlastungs-Tunnels im/durch den Sonnenberg

Armin Lisibach ist der Meinung, dass der Fokus nicht nur im Zentrum gehalten werden soll. Es gibt noch weitere Teile von Kriens, welche einen Einfluss auf diese Planung haben. Er bittet, dies zu berücksichtigen.

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Ergänzungsantrag SVP

Patrick Koch möchte im Namen der SVP-Fraktion folgende Ergänzung überweisen:

«Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug, frühestens ab 1. Januar 2024.»

Patrick Koch erklärt, dass die Sanierung Renggloch die SVP-Fraktion dazu bewegt hat einen Antrag zu stellen.

Ergänzungsantrag FDP

Daniel Rösch möchte im Namen der FDP-Fraktion folgende Ergänzung überweisen:

«Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug, frühestens ab 1. Januar 2024 oder nach vollständiger Öffnung der Rengglochstrasse nach den Bauarbeiten.»

Daniel Rösch merkt an, dass auch in ihrer Fraktion, die Sanierung Renggloch zu Diskussionen geführt hat. Wie man gehört hat, konnten die Fragen nicht richtig geklärt werden. Aus diesem Grund stellen sie eine Alternative zum Antrag der SVP-Fraktion. Es ist ihnen ein Anliegen, dass auch weiterhin mit evidenzbasierter Daten gearbeitet wird.

Cyrill Zosso stellt fest, dass man über die Bedenken mit dem Renggloch spricht. Er ist der Meinung, dass sich diese Frage sowieso stellen würde. Evidenzbasierend macht man immer mit Daten der Vergangenheit. Es gibt keinen anderen Weg auch wenn das Renggloch nicht wäre. Aus diesem Grund sieht er die Bedenken nicht und würde sehr empfehlen, wenn man diese Planung verabschieden kann.

Räto Camenisch sagt, dass dieser Vorschlag Sinn macht. Man möchte dies rausschieben bis man weiss um was es geht. Man hat überhaupt keine Eile dieses Geld jetzt auszugeben. Es wäre richtig, wenn man dies so terminieren würde. Aus diesem Grund zieht die SVP-Fraktion ihren Antrag zurück

Erich Tschümperlin sieht ein Problem. Wenn man sagt, dass man nach dem Umbau mit der Testplanung startet, dann hat man keine Zahlen zur Berechnung. Man müsste zuerst ein Jahr messen und erst danach könnte man definitiv starten. Deshalb ist er der Meinung, dass dieser Antrag nichts bringt und es nur immer wieder länger geht.

Armin Lisibach stimmt zu, dass es ein Rückstau auf Datenebene ist. Wenn die letzte Prüfung im Oktober 2020 gemacht wurde und alle im Homeoffice waren, sind die Daten auch nicht ganz korrekt.

Cyrill Zosso merkt an, dass es nach dem Renggloch nicht aufhört mit den Baustellen, denn danach kommt der Seetalplatz. Dies kann auch wieder einen Einfluss auf den Verkehr in Kriens haben. Das Model funktioniert so, dass man verschiedene Annahmen treffen kann. Es geht darum Priorität zu setzen. Auch ist nicht klar, ob man im Jahr 2024 genügend Geld hat. Das Krienser Herz leidet darunter, dass man nicht attraktiv ist.

Enrico Ercolani erläutert, dass alle ein attraktives Kriens möchten. Fakt ist, dass der Verkehr mit Tempo 30 schneller läuft. Auch als Fussgänger oder Velofahren fährt man mit Tempo 30 besser durch Kriens. Die Planung sollte gemacht werden, damit man am Tag X bereit ist.

Räto Camenisch glaubt, dass sich ein Irrtum eingeschlichen hat. Wenn man einen späteren Termin bestimmt, wird die Testplanung heute angenommen. Nur der Termin der Ausführung wird verschoben.

Daniel Rösch merkt an, dass dies definitiv nicht die Idee des Antrags war. Wie bereits Raphael Spörri gesagt hat, gibt es nie einen richtigen Zeitpunkt. Ihrer Meinung nach ist der richtigere Zeitpunkt nach der Sanierung des Rengglochs.

Anita Burkhardt-Künzler sagt, dass die Testplanung starten kann. Die SVP-Fraktion ist lediglich dagegen, dass der Test im Dorf vor der Renggloch Sanierung startet.

Peter Stofer stellt fest, dass man zwei Möglichkeiten hat. Man kann die Probleme weiterhin auf die lange Bank schieben oder die Planung in Angriff nehmen. Dann hätte man in 2 Jahren Fakten um weiterfahren zu können.

Erich Tschümperlin möchte davor warnen, dass man diese Planung an das Rengglochprojekt ankoppelt. Ansonsten wird man es nicht mehr im Griff haben. Es sind Zahlen und Fakten vorhanden, aus diesem Grund sollte die Planung jetzt verabschiedet werden.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass man viel gehört hat und auch viel diskutiert wurde. Wenn Kriens möchte, dass man die Stadtentwicklung machen möchte, dann muss man jetzt zustimmen. Dies ist jetzt ein klassisches Departementsübergreifendes Projekt. Sie möchte darauf aufmerksam machen, dass man es nicht auf das Renggloch abstützt kann, da es unter Umständen mehrere Jahre dauern kann. Der Betrag ist

im Budget 21 integriert. Jetzt kann man zusammen mit dem Kanton diese Planung angehen und einen Schritt vorwärts machen. Sie stimmt zu, dass man betreffend dem Renggloch nicht genau weiss was es für Auswirkungen hat und doch muss es jetzt angepackt werden. Wenn man es aufschiebt, ist nicht klar, ob der Kanton auch mitmacht. Ebikon ist ein Beispiel. Dort wurde die Kantonsstrasse nur vom Kanton geplant. Jetzt muss man schauen, ob man dabei sein möchte zusammen mit dem Kanton eine gute Lösung zu finden. Horw hat eine Begegnungszone, welche selber bezahlt wurde. Kriens kann sich dies nicht leisten.

Abstimmung Ergänzungsantrag SVP

Mit 15:11 Stimmen wird der Antrag StR angenommen.

Albrecht Michèle	StR: gemäss Antrag
Bienz Viktor	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Binggeli Michèle	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Burkhardt-Künzler Anita	StR: gemäss Antrag
Camenisch Räto	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Ercolani Enrico	StR: gemäss Antrag
Fluder Hans	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Gomer-Beacco Bettina	StR: gemäss Antrag
Hunziker Manuel	StR: gemäss Antrag
Koch Patrick	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Lengwiler Beda	StR: gemäss Antrag
Lisibach Armin	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Meyer Pascal	StR: gemäss Antrag
Niederberger Raoul	StR: gemäss Antrag
Nyfelner Nicole	StR: gemäss Antrag
Portmann Michael	StR: gemäss Antrag
Rösch Daniel	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Schwarz Erwin	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Solari Simon	StR: gemäss Antrag
Spörri Raphael	StR: gemäss Antrag
Stofer Peter	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin Erich	StR: gemäss Antrag
Vollmar Jing	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Zellweger Martin	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Ziemssen Jörg	FDP: frühestens 01.01.2024 oder Bauvollendung
Zosso Cyrill	StR: gemäss Antrag

Christine Kaufmann-Wolf möchte ein Dank an Jesús Turiño aussprechen für die Arbeit, welche geleistet wurde.

Sarah Deschwanden liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Der Planungskredit «Testplanung Kantonsstrasse K4 im Zentrum Kriens» im Betrag von Fr. 300'000.00 wird als Sonderkredit genehmigt.*
2. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Folgende Bemerkung wird überwiesen:*

Der Stadtrat wird angehalten, dass bei den zu klärenden Themen auf Seite 5, Kapitel 3.2 «Zu klären gilt es unter anderem:...» auch folgende Punkte in die Planung einfließen müssen.

- *Potenzieller Express-Bus auf der 1er Linie*
- *Auswirkungen durch den Umbau Ränggloch*
- *Rückstau durch die Transit-Achse «Oberbauerstrasse»*
- *Auswirkung und Potential eines Entlastungs-Tunnels im/durch den Sonnenberg*

4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 045/21:

Der Beschlusstext wird mit 19:7 Stimmen genehmigt.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfelner Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

7a. Dringliche Interpellation Zosso: Gewährleistung sicherer Schul- und Kindergartenwege
Nr. 049/21

Gemäss Marco Frauenknecht lauten die Antworten wie folgt:

1. **Wie viele Basisstufen-SchülerInnen (inkl. Kindergarten) welche nördlich der Kantonsstrasse wohnhaft sind, wurden in Schulhäuser südlich der Kantonsstrasse eingeteilt? Wie steht diese Zahl im Vergleich zu den vier letzten Schuljahren?**

13 Kinder müssen die Kantonsstrasse überqueren, um in den Kindergarten Grossfeld zu gelangen. Um in eine der drei 1. Primarklassen in den Schulhäusern Grossfeld, Dorf und Krauer zu gelangen, werden

10 Kinder die Kantonsstrasse überqueren müssen. Alle Kinder der jetzigen 2. Primarklasse des Schulhauses Bleiche überqueren die Kantonsstrasse, um die 3. Klasse im Schulhaus Grossfeld zu besuchen. 6 Kinder, die im zu Ende gehenden Schuljahr die 1. Primarklasse im Schulhaus Grossfeld besuchen, überqueren die Kantonsstrasse jetzt schon.

2. In welchem Schulhaus sind die bisher im Bleichi unterrichteten Klassen vorgesehen? Bleiben die Klassen bestehen?

Beide Klassen des Schulhauses Bleiche besuchen den Unterricht in der Schule Zentrum (Grossfeld). Die Kinder der Primarklasse bleiben zusammen. Die Kindergartenklasse erfährt die üblichen Veränderungen, hervorgerufen durch Übertritte an die 1. Klasse und durch den Zuzug neuer Kinder in das erste freiwillige Kindergartenjahr. Die neue 1. Primarklasse wird im Schulhaus Krauer unterrichtet.

3. Was sind die konkreten Auswirkungen auf die Verteilung der Klassen nach der Schliessung des Schulhaus Bleichi im betroffenen Schulkreis? Gibt es mehr Klassen in anderen Schulhäusern?

Das Raumpotenzial in den Schulhäusern ist in der Schulraumplanung definiert. Die Raumpotenziale in allen Primarschulhäusern werden im Schuljahr 2021/22 ausgenutzt, ausser im Schulhaus Krauer. Die beiden Klassen des Schulhauses Bleiche können nur im Zentrum (Grossfeld, Krauer inkl. Krauerwiese) unterrichtet werden. Auf umliegende Schulhäuser hat der Entscheid keinen Einfluss.

4. Wie wird verhindert, dass Eltern ihre Kinder aufgrund des längeren/gefährlicheren Schulweges nicht in das erste Kindergartenjahr schicken?

Die Eltern können entscheiden, ob sie ihr Kind in den freiwilligen Kindergarten anmelden oder nicht. Die Gründe für oder gegen einen Eintritt sind vielfältig. Wichtig ist, dass zusätzliche Sicherheitsmassnahmen (Pedibus) bei Bedarf eingerichtet werden, korrektes Verhalten auf dem Schulweg in der Schule eingeübt wird und dass den Kindern das Vertrauen geschenkt wird, dass sie den Weg schaffen werden.

5. Wie wird die sichere Bewegung von Kleinkindern über die Luzernerstrasse gewährleistet?

Die Stadt muss sichere Schulwege anbieten. Der Schulweg ist gemäss Verordnung zum Gesetz über die Volksschulbildung aber Sache der Eltern. Oftmals wird ein Schulweg subjektiv als gefährlich empfunden. Für die Beurteilung der Gefährlichkeit sind jedoch objektive Kriterien wie Verkehrs- oder Naturgefahren massgebend. Der Schulweg über die Kantonsstrasse ist im Zentrumsbereich mit zwei durch Lichtsignale gesicherte Strassenübergängen gesichert. Aus Sicht des Stadtrates ist der Übergang mit den möglichen Massnahmen bei Frage 6 genügend sicher.

6. Ist die Zumutbarkeit des Schulweges bei allen Kindern gewährleistet? Falls nicht, können benötigte Massnahmen grosse Zusatzkosten auslösen.

Für die Kinder des Kindergartens ist der Schulweg sicherlich anspruchsvoll. Der Stadtrat beurteilt den Schulweg aber für zumutbar. Die Verkehrserziehung ist zu Beginn eines Schuljahres immer ein wichtiges Thema, das in Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei bearbeitet wird. Müssen zusätzliche Sicherheiten eingebaut werden, kann ein Pedibus (Begleitung der Kindergruppe durch eine erwachsene Person) eingerichtet werden. Wichtig ist, dass die Kinder den Weg nicht einzeln gehen.

7. Ist der Kanton Luzern als verantwortlicher für die Kantonsstrasse in die Schulwegsicherung mit einbezogen? Steht er in der Pflicht, Massnahmen wo notwendig umzusetzen?

Bei der Planung resp. bei grösseren Sanierungen von Kantonsstrassen wird die jeweilige Standortgemeinde im Rahmen von Vernehmlassungen begrüsst und kann ihre Anliegen einbringen. So können ortsspezifische Belange wie die Schulwegsicherung vorgebracht werden. Ebenfalls können im Falle von öffentlichen Auflagen Einsprachen eingereicht werden. Die kantonale Dienststelle Verkehr und Infrastruktur plant ihre Projekte u.a. nach den Normen des Schweizerischen Verbands der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS). Massnahmen infolge weitergehenden Bedürfnisse wie der Schulwegsicherung sind durch die Standortgemeinde und nicht durch den Kanton zu tragen.

Tomas Kobi fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Cyrill Zosso wünscht eine Diskussion.

Tomas Kobi stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Cyrill Zosso dankt für die Beantwortung. Für ihn reicht es leider nicht ganz aus um eine objektive Schulsicherheitsanalyse zu analysieren. 13 Kinder im Vorschulalter, welche die Strasse überqueren müssen, ist für ihn eine durchaus grosse Gefahr. Durchaus bedenklich, wenn man noch zwei Jahr jüngere Kinder über diese Strasse schickt. Er hat Neffen, welche jeweils am Wochenende Gipfeli holen. Am Sonntag hat der Macchi zu und sie haben sich nicht getraut die Neffen in den Habermacher zu schicken, da die Strasse überquert werden muss. Er versteht nicht, ob die Zumutbarkeit auch gesetzlich gegeben ist. Es wird wahrscheinlich auch nicht möglich sein, dass alle Kinder von einer erwachsenen Person begleitet werden können. Er hat nicht ganz verstanden, was ein Pedibus ist. Er ist nicht ganz sicher, welche Massnahmen der Stadtrat vorsieht. Deshalb scheint ihm, dass keine ausgereifte Strategie vorhanden ist.

Gemäss Martin Zellweger ist das grundsätzliche Anliegen des Interpellanten sicher richtig. Es ist wichtig für die Sicherheit der Kinder auf ihrem Schulweg bedacht zu sein. Diese Frage ist generell zu betrachten. Dass jetzt mit dem Schulhaus Bleiche ein Thema daraus gemacht wird ist eher politischer Wind. Wieviele Klassen waren im Bleiche: 1 Kindergarten und 1 erste Klasse? Deshalb muss man in Kriens kein Schulhaus mehr unterhalten, davon gibt es schon einige. Natürlich kann es sein, dass dann einzelne Kinder über die Strasse gehen müssen. Es gibt den Pedibus, d.h. Eltern oder Klassenassistenten (lieber Eltern) begleiten eine Gruppe von Kindern. Und ja, manchmal muss man lernen eine Hauptstrasse zu überqueren. Nicht alle Gemeinden haben das Geld auf allen Strassenseiten ein Schulhaus zu bauen wie Kriens. Auch Meggen hat eine vielbefahrene Hauptstrasse. Deswegen hat auch diese reiche Gemeinde nicht auf beiden Seiten Schulhäuser gebaut (es hat 4 oder 5 aber nur auf einer Strassenseite). Und sowieso, nicht alle kleinsten Kinder können die Hauptstrasse alleine überqueren. Der Verkehrspolizist, welche Kindergartenkinder ausbildet sagt sogar, so jung knapp 4 Jahre alt wie die Kleinsten in den Kindergarten kommen, können die den Schulweg sowieso nicht alleine machen. Die haben noch völlig den Tunnelblick. Also diese Kinder brauchen sowieso Begleitung. Im Kurzfilm des Stadtrats wurde gezeigt, dass eine Überquerung mit Fussgängerstreifen bestens klappt. Gefährlich wird es eigentlich erst dann, wenn man im Zentrum eine gemischte 30er Zone einführt. Wenn Enrico Ercolani und er dann einmal mit dem Rollator über die Strasse wollen, und die Autos mit Tempo 30 vorbei sausen, dann wäre man froh um eine Lichtsignalanlage. Selbstverständlich, gefährliche Bereiche an Schulwegen muss man unbedingt angehen, da gibt es auch Massnahmen welche der Stadtrat geplant hat.

Laut Michèle Albrecht begrüsst die CVP/JCVP-Fraktion diese öffentliche Klärung im Interesse der besorgten Eltern. Als Mutter kann sie verstehen, dass gerade Eltern der zukünftigen Kindergärtner aufgrund der kurzfristigen Kommunikation irritiert sind. Sie appelliert aber auch an das Vertrauen der Eltern in die Kinder. Die können das und werden stolz sein. Gerade auf dem Land, erwartet die Kinder oft ein längerer Schulweg und die Sicherheit ist weniger gewährleistet (z.B. keine Ampel). Sie bittet den zuständigen Stadtrat bzw. Rektor zur Kontaktaufnahme mit den federführenden Eltern und dankt im Interesse der Elternschaft für die Klärung der offenen Fragen auch in diesem Rahmen.

Bettina Gomer-Beacco findet die Antworten Tip Top. Sie hat Kolleginnen, welche in der Kinderbetreuung arbeiten. Beim Kinderhort Eichenspes gehen die Kinder in das Schulhaus Feldmühle. Die Kinder werden ins Schulhaus begleitet. Genau in diesem Alter, macht die Schülerbetreuung das anders. Die Verantwortung liegt dann bei der Stadt.

Cyrill Zosso sieht sicher auch, dass die Eltern eine gewisse Verantwortung übernehmen müssen. Bei der dringlichen Interpellation geht es ihm um die Schulwegsicherheit beim Schulhaus Bleiche. Aus dieser Antwort ist ihm nicht klar, ob und wie das Vorausdenken abgelaufen ist.

Marco Frauenknecht stellt fest, dass Martin Zellweger bereits erläutert hat, was ein Pedibus ist. Es ist zumutbar für den Stadtrat. Wie es in Zukunft angeschaut wird, wird in der Motion Wendelspiess genauer beschrieben. Die Strategie ist immer wieder ein Thema. Wenn man das Schulhaus schliesst, hat man immer eine Strategie und eine Idee. Jetzt spricht man jedoch bereits von der Umsetzung. Die Stadt hat die Verantwortung sichere Schulwege zu machen. Gemäss Gesetz ist es ganz klar Sache der Eltern. Er stellt fest, dass die Kommunikation bereits stattgefunden hat und die Eltern eins zu eins die gleichen Fragen gestellt haben. Man kann sich noch lange darüber unterhalten. Der Stadtrat sieht es als zumutbar.

7b. Dringliche Interpellation Gomer: Anmietung von zusätzlichen Schulräumlichkeiten in der Kuonimatt

Nr. 050/21

Gemäss Marco Frauenknecht lauten die Antworten wie folgt:

1. Warum wird trotz der Verschiebung einer Modulbaute zum Roggern-Schulhaus in der Kuonimatt Schulraum zugemietet?

Im Schulhaus Roggern 1 werden im Schuljahr 2021/22 12 Primarklassen unterrichtet. Damit dies möglich ist, braucht es die Modulbaute. In der nunmehr dreistöckigen Modulbaute werden zwei Kindergartenklassen und zwei Primarklassen unterrichtet. Die noch verbleibenden Schulräumlichkeiten müssen für die Naphthalin Sanierung zur Verfügung stehen. Während der Sanierung werden Klassen in diesen Zimmern unterrichtet. Nach der Naphthalin Sanierung, die bis August 2022 geplant ist, müssen diese Räumlichkeiten aufgrund der zunehmenden Schülerzahl für weitere Klassen zur Verfügung stehen.

2. In der Bauausschreibung steht als Gegenstand: «zeitlich begrenzte Umnutzung von Gewerberäumen zur Schulnutzung». Mit welcher Zwischennutzungsdauer rechnet der Stadtrat?

Die Mindestmietdauer beträgt 3 Jahre. Bis dann soll die Schulraumstrategie geklärt und umgesetzt oder in Umsetzung sein.

3. Wie viele Schüler sind von dieser Ausmietung betroffen?

In den neuen Räumen an der Kreuzstrasse werden die Schulergänzende Tagesstruktur und zwei Primarklassen betreut resp. unterrichtet. Aktuell sind 23 Kinder für 64 Betreuungselemente angemeldet. In der fünften und sechsten Primarklasse werden 35 Kinder unterrichtet.

4. Wo werden die Pausen verbracht? Sind dazu geeignete Aussen Aufenthaltsräume vorhanden?

Die Räume für die Schulergänzende Tagesstruktur können am Morgen für die Pause benutzt werden. Ziel ist aber, die Pause auf dem Schulareal des Schulhauses Kuonimatt zu verbringen. Der kurze Weg von 290 Metern zum Schulhaus ist den Kindern der 5. und 6. Primarklasse zumutbar.

5. Der Zugang zum Gebäude führt über einen Parkplatz. Ist die Sicherheit gewährleistet?

Im Aussenbereich gibt es keine baulichen Anpassungen. Die Personenströme vor Ort werden mit Vermieter, Mieter und Schule geklärt und laufend überwacht.

6. Leicht kommt es zu Konflikten zwischen lärmenden Kindern und ruhesuchenden Nachbarn. Ist dem Vermieter bewusst, dass Kinder durchaus recht laut sein können, besonders vor und nach der Schule, respektive wurde der Vermieter für diese Punkte sensibilisiert?

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Kinder übermässig Lärm erzeugen. Der Vermieter wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Kinder andere Bedürfnisse haben als Gewerbetreibende und dass die

Nutzungen in diesem Gebäude sehr unterschiedlich sind. Vermieter und Schule sind sich dessen bewusst und von einem funktionierenden Nebeneinander überzeugt.

7. Wie viel Kosten verursacht die Anmietung der Stadt Kriens? Wieviel Kosten verursacht der Umbau zu geeigneten Räumlichkeiten? Übernimmt der Vermieter gewisse Anpassungen?

Die Räumlichkeiten müssen leicht angepasst werden. Weil das eine zeitlich befristete Lösung ist, wird möglichst wenig angepasst. Für den neuen Standort fallen Investitionskosten (einmalige Kosten) von Fr. 185'000.00 und Mietkosten (wiederkehrende Kosten) von Fr. 72'150.00 pro Jahr an.

8. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass der Schulweg momentan sehr mangelhaft signalisiert ist? Wird die Signalisation bis nach den Herbstferien erneuert respektive verbessert?

Die Kreuzstrasse ist eine Privatstrasse und fällt grösstenteils in die Zuständigkeit der Genossenschaft Kreuzstrasse. Nebst dem baulichen fällt auch der betriebliche Unterhalt darunter. Markierungsdefizite sind der Stadtverwaltung nicht bekannt. Die Abteilung Verkehrs- und Infrastrukturdienste wird mit der Strassengenossenschaft Kreuzstrasse in Kontakt treten und etwaige zusätzliche Markierungen für die Schulwegsicherheit abklären.

9. Auf der Kreuzstrasse wurden in den letzten Jahren immer wieder diverse Bauarbeiten ausgeführt, was zu Belagsschäden führte. Diverse 30er Signalisationen, welche am Boden markiert waren, sind nur noch teilweise sichtbar. Werden diese Markierungen erneuert, um die diversen Strassenbenutzer an die 30er Zone zu erinnern?

In der Regel kommt das Verursacherprinzip zur Anwendung, wonach Bauherrschaften nach Abschluss einer Baustelle fehlende oder nicht mehr sichtbare Markierungen zu erneuern haben. Stellt die Stadt Mängel in der Signalisation und/oder Markierung fest, so wird der Strasseneigentümer zu deren Behebung aufgefordert.

10. Kinder aus dem Gebiet Dattenmatt/Dattenmattring müssten für den neuen Schulstandort das Industriegebiet Dattenmatt durchqueren, auf dem Trottoir bis zur Kreuzung Dattenmatt-/Kreuzstrasse laufen und dort OHNE Fussgängerstreifen die Strasse queren. Falls dies keine Option wäre, so müssten die Kinder bis in die Ringstrasse nach Horw ausweichen, um zum neuen Schulstandort zu gelangen. Wie wird für den neuen Schulstandort die Sicherheit auf dem Schulweg sichergestellt? Welche Massnahmen wie neue Markierung der 30erZone, Achtung Schulweg oder Fussgängerstreifen sind geplant?

Gemäss der «Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen» ist das Anordnen von Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen im Grundsatz unzulässig. Es können jedoch Fussgängerstreifen angebracht werden, wenn besondere Vortrittsbedürfnisse für Fussgänger dies erfordern, namentlich bei Schulen und Heimen. Aufgrund der vorerwähnten Praxis kann das Anordnen eines Fussgängerstreifens im Bereich der Kreuzstrasse 34 ebenfalls in Betracht gezogen werden.

11. Warum wurde diese Information dem Einwohnerrat respektive der KBSG vorenthalten?

Die KBSG wurde an einer Sitzung unter dem Traktandum «Information der Departemente» informiert.

Tomas Kobi fragt die Interpellantin, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Bettina Gomer-Beacco wünscht eine Diskussion.

Tomas Kobi stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Bettina Gomer-Beacco dankt für die Beantwortung. Sie möchte sich für die 11. Frage entschuldigen. Sie hat nachgefragt, jedoch konnte ihr niemand Auskunft geben. Wie sie bereits geschrieben hat, war sie überrascht wegen dieser Anmietung. Grundsätzlich hat sie nichts gegen diese Anmietung. Sie wohnt 30 Meter neben an und deshalb liegt ihr viel an den Nachbarskindern. Sie hat auch an der letzten Einwohnerratssitzung ganz klare Fragen zur Markierung gefragt. Nach der Ausfahrt Kreisel Schlund steht ein grosses Gewerbehause. Ab dort wäre Tempo 30, jedoch sieht man die Markierung fast nicht. Die Autos kommen zum Teil ziemlich zackig. Es gibt reichlich gefährliche Situationen. Es gibt einige Nachbarn, welche nicht auf die 30-Zone achten. Sie findet, dass es eine Sensibilisierung benötigt. Nicht nur die Eltern müssen sensibilisiert werden, sondern auch alle anderen. Der Schulweg ist Sache der Eltern. So wird das Schulareal um 300 Meter vergrössert. Die Kinder möchten ziemlich schnell in die Pause und werden wahrscheinlich rennen. Ein weiteres Problem ist die Dattenmattstrasse. Es ist nicht einfach mit der Zulieferung der Lastwagen. Dort muss auch geschaut werden, da es ein Industrie- und Gewerbegebiet ist. Die Kinder werden die Treppen benutzen müssen und werden daher Lärm erzeugen. In diesem Gebäude hat es auch Wohnungen und der Vermieter hat wahrscheinlich grosses Interesse diese zu vermieten. Sie stellt fest, dass die Kinder laut sein werden.

Marco Frauenknecht wird bezüglich der Markierung mit der Strassengenossenschaft sprechen. Wenn die Kinder in der Schule sind, ist die Verantwortung bei der Stadt. Wie der Weg in der Pause bestreitet wird, vertraut er seinen Mitarbeitenden. Man spricht hier von 5 und 6 Klässler. Er bestätigt, dass es Wohnungen in diesem Gebäude hat. Die Kinder werden nicht das lauteste sein, sondern die schweren Maschinen im EG. Er ist überzeugt, dass dies eine gute Sache ist.

8. Beantwortung Interpellation Burkhardt: Weinhalde – wie weiter?

Nr. 017/21

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

9. Beantwortung Interpellation Ercolani: Weinhalde für alle!

Nr. 020/21

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

10. Beantwortung Interpellation Burkhardt: Verpflegung der Horte, Auslagerung nach Zürich. Wes-halb?

Nr. 040/21

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

11. Verabschiedung Jing Vollmar

Tomas Kobi bittet Jing Vollmar zu sich nach vorne. Sie verlässt den Einwohnerrat aus privaten Gründen und zieht weg von Kriens. Sie hat das Mandat von Marco Frauenknecht übernommen und war seit ihrer Wahl, Mitglied in der KBSG. Im Namen der Krienser Bevölkerung und dem Einwohnerrat dankt er für ihr politisches Engagement.

Jing Vollmar bedankt sich für dieses lehrreiche Jahr. Eine solche Chance im Leben ist sehr einmalig. Sie wünscht allen alles Gute und gute Gesundheit.

Schluss

Tomas Kobi bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren. Mit einem etwas abgeänderten Zitat von Monika Minder, Webdesignerin, Lyrikerin und Musikerin, beendet er diese Sitzung.

«Mit seiner Wärme und den langen Tagen wirkt der Sommer für viele von uns magisch. Er singt uns Glück ins Herz und öffnet unsere Seelen.»

Er wünscht den Ratsmitgliedern, dass sie die angehenden Sommertage geniessen und auftanken können. Das Politisieren etwas auf die Seite stellen und sich dem zuwenden, was der Seele guttut.

Man trifft sich anschliessend im une e piu zum Ausklang.

Die nächste Sitzung findet am 2. September 2021 statt.

Die Sitzung schliesst um 19:05 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Tomas Kobi

Der Stadtschreiber:



Guido Solari

Der Stadtschreiber-Substitutin



Sarah Deschwanden

Die Protokollführerin:



Kimena Gisler